Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Hauptherausgeber
Hans-Peter Schwarz

Mitherausgeber
Helga Haftendorn, Klaus Hildebrand,
Werner Link, Horst Möller und Rudolf Morsey

R. Oldenbourg Verlag München 1999

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

1951

1. Januar bis 31. Dezember 1951

Wissenschaftlicher Leiter
Rainer A. Blasius

Bearbeiter
Matthias Jaroch

R. Oldenbourg Verlag München 1999

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland /
hrsg. im Auftr. des Auswärtigen Amts vom Institut für
Zeitgeschichte. – München : Oldenbourg

1951. 1. Januar bis 31. Dezember 1951. – 1999
ISBN 3-486-56418-8

© 1999 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: http://www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-56418-8

Inhalt

Vorwort VII

Vorbemerkungen zur Edition VIII

Verzeichnisse XV

Dokumentenverzeichnis XVII
Literaturverzeichnis XLVIII
Abkürzungsverzeichnis LVII

Dokumente 1

Register 739

Personenregister 739
Sachregister 775

Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom 10. Oktober 1951 817

Vorwort

Mit den „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1951" wird die Publikation von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts über die Jahre 1949 bis 1962 fortgesetzt. Der Band ergänzt die bereits 1989 unter meiner Verantwortung publizierte Edition „Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951".

Das Erscheinen des vorliegenden Bandes gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, insbesondere dem Politischen Archiv sowie den Damen und Herren in den Referaten, die beim Deklassifizierungsverfahren zur Offenlegung der Dokumente beigetragen haben. In gleicher Weise zu danken ist dem Bundesarchiv für die Erlaubnis, einige Aufzeichnungen aus dem Nachlaß des Botschafters a. D. Herbert Blankenhorn und aus dem Bestand Bundeskanzleramt (B 136) einbeziehen zu können.

Besonderer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausgebergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe in bewährter Kollegialität gewidmet haben. Ferner sei die tadellose Zusammenarbeit mit den zuständigen Persönlichkeiten und Gremien des Instituts für Zeitgeschichte dankbar hervorgehoben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag R. Oldenbourg.

Das Hauptverdienst am Gelingen des Bandes gebührt dem Bearbeiter, Herrn Dr. Matthias Jaroch, zusammen mit dem Wissenschaftlichen Leiter, Herrn Dr. Rainer A. Blasius. Ihnen sei für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Ebenso haben wesentlich zur pünktlichen Fertigstellung der Edition beigetragen: Herr Dr. Daniel Kosthorst durch die Vorbereitung der Dokumentensammlung, Frau Dr. Ute Jancke durch Vorarbeiten für die Kommentierung, Frau Dr. Mechthild Lindemann durch die Bearbeitung von drei Monaten des Jahres 1951, Herr Dr. Joachim Wintzer durch die Erstellung des Personenregisters, Herr Dr. Martin Koopmann durch die Erstellung des Sachregisters und Herr Dr. Wolfgang Hölscher durch die Beratung bei der Herstellung des Umbruchs.

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1952" befinden sich in Arbeit und werden voraussichtlich im Sommer 2000 vorliegen.

Bonn, den 1. Juli 1999 Hans-Peter Schwarz

Vorbemerkungen zur Edition

Zu Beginn des Jahres 1951 lagen die Konsular- und Handelsbeziehungen der Bundesrepublik sowie die Verbindungen zur Alliierten Hohen Kommission (AHK) noch in der Zuständigkeit der am 7. Juni 1950 geschaffenen Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt. Erst mit der „kleinen Revision" des Besatzungsstatuts am 6. März 1951 erteilten Frankreich, Großbritannien und die USA die Genehmigung, ein eigenes Außenministerium zu errichten. Der Bundesregierung wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit anderen Staaten erlaubt, sofern dies vereinbar war mit der Sicherheit der Drei Mächte, mit den Rechten, die sie sich auf innen- und wirtschaftspolitischem Gebiet vorbehalten hatten, und mit den „Verpflichtungen der Besatzungsmächte in bezug auf Deutschland".

Bundespräsident Heuss ernannte am 15. März 1951 Bundeskanzler Adenauer zum Bundesminister des Auswärtigen. Am gleichen Tag wurde das Auswärtige Amt in Bonn errichtet und die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten in das neue Bundesministerium überführt. Das Auswärtige Amt gliederte sich in sieben Abteilungen: Personal- und Verwaltungsabteilung, Politische Abteilung (zuständig für die AHK, allgemeine außenpolitische Fragen, Beziehungen zu internationalen Organisationen sowie Flüchtlings- und Kriegsgefangenenfragen), Länderabteilung (zuständig für die Lenkung der politischen und konsularischen Tätigkeit der Auslandsvertretungen), Handelspolitische Abteilung, Rechtsabteilung, Kulturabteilung und Protokoll. Der bisherige Leiter der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten, Walter Hallstein, wurde am 2. April 1951 zum Staatssekretär des Auswärtigen Amts ernannt.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1951" (Kurztitel: AAPD 1951) sind die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Besonderes Gewicht wurde auf den Bestand der Politischen Abteilung gelegt. Angemessene Berücksichtigung fanden aber auch die anderen Abteilungen des Auswärtigen Amts, insbesondere die Länder- und Kulturabteilung. Für die Dokumentation der Endphase der Verhandlungen über den Schuman-Plan war der Bestand des im Juli 1950 eigens eingerichteten „Sekretariats für Fragen des Schuman-Plans" von Bedeutung. Über die am 15. Februar 1951 beginnende Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee, die nach Verabschiedung des Zwischenberichts vom 24. Juli 1951 in Konferenz für die Organisation einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft umbenannt wurde, gaben die Bestände des „Sekretariats für Fragen des Pleven-Plans" sowie die Akten der „EVG-Delegation" Aufschluß. Die Handakten des Leiters der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Herbert Blankenhorn, befinden sich zu einem Teil im PA/AA und zu einem anderen Teil im Bundesarchiv in Koblenz. Sie wurden ebenso ausgewertet wie einzelne Bestände aus dem Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg und

aus der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf (Nachlaß Adenauer).

Die ausgewählten Dokumente ergänzen die bereits im Jahr 1989 publizierte Edition „Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951". Erstmals werden Schriftstücke veröffentlicht, die bisher als Verschlußsachen der Geheimhaltung unterworfen waren. Die VS-Bestände des PA/AA waren uneingeschränkt zugänglich. Kopien der vom Auswärtigen Amt für diesen Band deklassifizierten Schriftstücke sind im PA/AA zugänglich (Bestand B 150).

Zur Dokumentation wesentlicher historischer Vorgänge wurden in Ausnahmefällen bereits an anderer Stelle veröffentlichte Schriftstücke von besonderer Bedeutung in die Auswahl aufgenommen.

Dokumentenfolge

Die 216 edierten Dokumente sind chronologisch geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Anmerkung ausgewiesen. Bei Aufzeichnungen über Gespräche oder Besprechungen ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der meist spätere Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und -überschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen die Datumsangabe. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zuläßt und die Ermittlung zugehörigen Aktenmaterials ermöglicht, besteht in der Regel aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit sowie aus weiteren Elementen wie dem inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad. Bei Abweichungen von diesem Schema folgt die Angabe der jeweils auf dem Dokument vorgefundenen Eintragung. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Den Angaben im Dokumentenkopf, vor allem der Überschrift, läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments entnehmen. Aufzeichnungen sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt, auch dann, wenn er sich nur indirekt erschließen läßt. Letzteres wird in einer Anmerkung vermerkt. Läßt sich ein Verfasser we-

der mittelbar noch unmittelbar feststellen, wird die ausführende Arbeitseinheit (Abteilung, Referat oder Delegation) angegeben.

Breiten Raum nehmen ferner Gesprächsaufzeichnungen sowie Niederschriften über Besprechungen und Konferenzen ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet und chronologisch nach dem Gesprächs-, Besprechungs- oder Konferenzdatum eingeordnet, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen sind.

Eine wichtige Dokumentengruppe sind darüber hinaus Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Dazu gehören insbesondere die Schreiben des Bundeskanzlers an die Hohen Kommissare, die entweder an einen der Hohen Kommissare allein oder an den im monatlichen Wechsel amtierenden Geschäftsführenden Vorsitzenden der AHK gerichtet wurden.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr mit den seit Juni 1950 errichteten Generalkonsulaten im Ausland. Diese informierten in der Regel mit Schriftberichten, seltener auch mit fernschriftlich übermittelten Drahtberichten. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt. Als Empfänger werden die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten bzw. das Auswärtige Amt angegeben, sofern kein bestimmter Adressat erkennbar ist. Bei Schriftberichten werden, soweit vorhanden, im unteren Teil des Dokumentenkopfes links das Geschäftszeichen und die Nummer des Berichts, bei Drahtberichten ferner der Grad der Dringlichkeit angegeben. Rechts davon befinden sich Datum und gegebenenfalls Uhrzeit der Aufgabe bzw. der Ankunft, jeweils in Ortszeit. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs oder der Besprechung. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist Bonn stillschweigend zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem eigentlichen Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z." vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt der Erstausfertigung mußten gelegentlich ein Durchdruck, eine Abschrift, eine Ablichtung oder ein vervielfältigtes Exemplar (Matrizenabzug) herangezogen werden. Eine besondere Gruppe bilden einige Schreiben, deren Wortlaut nur in der handschriftlich korrigierten Fassung des Konzepts vorliegt. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Anmerkung. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Falls die Textvorlage eine inhaltlich substantielle Überschrift aufweist, wird diese mitabgedruckt. Die Dokumente werden in der Regel ungekürzt pub-

liziert. Sofern in Ausnahmefällen Auszüge veröffentlicht werden, ist dies in einer Anmerkung vermerkt. Textergänzungen der Bearbeiter stehen in eckigen Klammern.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; im Bedarfsfall wird jedoch vereinheitlicht bzw. modernisiert. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen in der Textvorlage werden aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden nicht wiedergegeben. Der Kursivdruck dient dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Überschriften usw.) folgt das Druckbild weitgehend der Textvorlage.

Mit Ausnahme der dem Namen hinzugefügten Dienstbezeichnung, die der Überschrift eines Dokuments zu entnehmen ist, wird eine Unterschriftsformel vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftscharakter aufgelöst (mit Nachweis in einer Anmerkung). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez." vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.", wird er in eckigen Klammern ergänzt. Weicht das Datum der Paraphe vom Datum des Schriftstückes ab, wird dies in der Anmerkung ausgewiesen.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd." versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Liegt ein Schriftstück bereits veröffentlicht vor, so wird dies in einer gesonderten Anmerkung nach der Angabe der Fundstelle ausgewiesen. Für den Fall, daß das Dokument mehrfach publiziert wurde, wird lediglich eine leicht zugängliche Publikation genannt.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie z.B. Registraturvermerke, werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument auf den verschiedenen Ebenen der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten bzw. des Auswärtigen Amts gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf zugehörigen Begleitschreiben und -vermerken zu finden sind. Die

diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden unter Kennzeichnung durch eckige Klammern aufgelöst.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen festgehalten, sofern Konzipient und Verfasser nicht identisch sind. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weiteres Aktenmaterial und anderweitiges Schriftgut nachweisen, das unmittelbar oder mittelbar angesprochen wird, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind. Das Auffinden von Dokumenten zu einem bestimmten thematischen Schwerpunkt ist mit Hilfe des Sachregisters möglich.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, daß die Dokumente durch Bezugsstücke aus der zugehörigen Aktenüberlieferung oder gegebenenfalls bereits vorliegenden Editionen und Dokumentationen erläutert werden. Zitate und inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen. Dadurch werden Vorarbeiten für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA geleistet.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle in einer Anmerkung nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Auszüge aus den Bezugsstücken oder inhaltliche Zusammenfassungen sollen zum Verständnis der Dokumente beitragen. Bei Anmerkungen oder Anmerkungsteilen, deren Zweck die knappe Erläuterung eines Sachverhalts oder Ereignisses ist, erfolgen keine systematischen Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident und der Bundeskanzler bzw. der Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Als Kurzform für die Deutsche Demokratische Republik kommen in den Dokumenten die Begriffe SBZ oder DDR vor und werden so wiedergegeben. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird jedoch in der Kommentierung, den Verzeichnissen sowie den Registern der Begriff DDR verwendet. Das Adjektiv „deutsch" findet nur bei gesamtdeutschen Belangen oder dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der

westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet.

Für häufig benutzte Publikationen wie Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden Kurztitel oder Kurzformen eingeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Der Platzersparnis dienen ebenfalls die Rückverweise auf bereits an anderer Stelle ausgeführte Anmerkungen. Häufig genannte Verträge oder Gesetzestexte werden nur bei der Erstnennung nachgewiesen und lassen sich über das Sachregister erschließen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliterierung durchgeführt.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Kurzübersicht, in der hauptsächlich die angesprochenen Themen benannt werden.

Das *Literaturverzeichnis* enthält nur solche Publikationen, die häufig zur Kommentierung herangezogen und mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden unter Angabe der notwendigen bibliographischen Daten aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, insbesondere von Firmen, Organisationen, Parteien und Dienstbezeichnungen sowie sonstige im diplomatischen Schriftverkehr übliche Abbreviaturen. Nicht aufgenommen werden geläufige Abkürzungen wie „z. B.“, „d. h.“, „m. E.“, „u. U.“ und „usw.“ sowie Abkürzungen, die bereits in einer Anmerkung erläutert sind.

Register und Organisationsplan

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die einzelnen Dokumente. Näheres ist den Hinweisen zur Benutzung des jeweiligen Registers auf S. 740 und S. 776 zu entnehmen.

Der *Organisationsplan* vom 10. Oktober 1951 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und informiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

1 02.01. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy S. 3

Themen sind die amerikanische Verteidigungspolitik, der sowjetische Vorschlag zur Einberufung einer Außenministerkonferenz der Vier Mächte, ein Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik, die Errichtung einer Bundespolizei und die Anerkennung der deutschen Auslandsschulden.

2 03.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dittmann S. 10

Dittmann berichtet von einem Gespräch mit dem iranischen Vizekonsul Logman-Adham über die Errichtung eines Generalkonsulats in Teheran.

3 05.01. Gespräch des Beauftragten des Bundeskanzlers, Blank, mit dem amerikanischen Stellvertretenden Hohen Kommissar Hays S. 11

Blank und Hays erörtern Fragen eines Verteidigungsbeitrags der Bundesrepublik.

4 06.01. Generalkonsul Hausenstein, Paris, an die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten S. 19

Hausenstein berichtet über ein Gespräch des Vortragenden Legationsrats von Kessel mit dem Mitarbeiter im französischen Außenministerium, Sauvagnargues. Im Mittelpunkt standen die Tagesordnung für eine von der UdSSR vorgeschlagene Außenministerkonferenz der Vier Mächte und ein Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik.

5 08.01. Aufzeichnung des Legationsrats a. D. Steg S. 20

Steg informiert über das Verhältnis Israels zur Bundesrepublik, insbesondere hinsichtlich einer Regelung der Ansprüche auf Wiedergutmachung.

6 09.01. Besprechung mit Vertretern der Alliierten Hohen Kommission S. 27

In der ersten Besprechung mit Vertretern der AHK auf dem Petersberg über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik wird erörtert, unter welchen Bedingungen, in welcher Form und in welcher Stärke die Bundesrepublik an der westlichen Verteidigung beteiligt werden könne.

7 12.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Riesser, New York S. 34

Riesser berichtet von Gesprächen mit Diplomaten in Washington. Thematisiert wurden die völkerrechtliche Beendigung des Kriegszustands mit Deutschland, ein Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik, Gerüchte über eine Ablösung des amerikanischen Außenministers Acheson sowie die Einschätzung der Bedrohung Europas durch die UdSSR.

8 13.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Riesser, New York S. 38

Riesser berichtet von einem Gespräch mit dem ehemaligen Präsidenten Hoover über das Problem der Verteidigung Europas.

9 13.01. Instruktionen für die Delegation bei der Konferenz über den Schuman-Plan in Paris (Entwurf) S. 40

Der Entwurf enthält Richtlinien zu einzelnen Bestimmungen eines Vertrags zur Bildung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sowie zu einer Übergangsregelung.

10 15.01. Ressortbesprechung S. 43

In der Ressortbesprechung unter Leitung des Bundeskanzlers Adenauer werden mit den Verhandlungen über den Schuman-Plan zusammenhängende Themen erörtert, besonders die Verbundwirtschaft von Kohle und Eisen sowie die Auflösung der Deutschen Kohle-Verkaufsorganisation.

11 15.01. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im britischen Außenministerium, Davies S. 57

Themen sind die Integration der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem, die militärische Bedrohung Europas durch die UdSSR und die Anerkennung der deutschen Auslandsschulden.

12 15.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Hallstein S. 61

Hallstein informiert über ein Gespräch mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy zu Fragen der Neuordnung des Kohlenbergbaus sowie der Eisen- und Stahlindustrie.

13 16.01. Aufzeichnung des Oberregierungsrats Ostermann von Roth S. 63

Ostermann von Roth faßt die zweite Besprechung mit Vertretern der AHK auf dem Petersberg über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik zusammen. Der Beauftragte des Bundeskanzlers, Blank, legte dar, in welchen Phasen sich die Aufstellung eines Truppenkontingents vollziehen könne.

14 18.01. Aufzeichnung des Ministerialrats Ophüls, Paris S. 65

Ophüls hält ein Gespräch mit dem Generalsekretär der Konferenz über den Schuman-Plan in Paris, Valérie, fest. Thema war die Aufhebung besatzungsrechtlicher Restriktionen beim Inkrafttreten des Schuman-Plans.

15 18.01. Aufzeichnung des Botschaftsrats a. D. Kordt S. 66

Kordt informiert über ein Gespräch mit dem irischen Generalkonsul Belton. Im Mittelpunkt stand die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

16 18.01. Aufzeichnung des Rechtsberaters Kaufmann S. 68

Kaufmann berichtet von den unterschiedlichen Auffassungen der Drei Mächte bei der Abfassung der Präambel zu dem Gesetz über die Aufhebung solcher Bestimmungen in der Gesetzgebung der Bundesrepublik, die noch auf dem völkerrechtlichen Kriegszustand beruhen.

17 23.01. Erklärung zur Ablösung des Besatzungsstatuts (Entwurf) S. 71

In dem Entwurf wird die Neuregelung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten nach Ablösung des Besatzungsstatuts angekündigt.

18 25.01. Abgeordneter Schmid an Bundeskanzler Adenauer S. 73

Schmid erläutert die Einwände des Ausschusses des Bundestages für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten gegen den mit der AHK vereinbarten Entwurf eines Notenwechsels über die Anerkennung der deutschen Auslandsschulden.

19 26.01. Aufzeichnung des Oberregierungsrats Ostermann von Roth S. 78

Ostermann von Roth faßt die dritte Besprechung mit Vertretern der AHK auf dem Petersberg über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik zusammen, in der rechtliche Voraussetzungen für den Einsatz von Soldaten der Bundesrepublik erörtert wurden. Die Vorstellungen der Bundesregierung über die Zusammensetzung der Einheiten sowie über die Gliederung und Stärke eines modernen Kampfverbandes wurden erläutert.

20 30.01. Generalkonsul I. Klasse Pfeiffer, Brüssel, an die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten S. 82

Pfeiffer berichtet von einem Gespräch mit dem belgischen Außenminister van Zeeland über den Prozeß gegen den ehemaligen Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich, Alexander von Falkenhausen, und über Grenzfragen.

21 02.02. Besprechung mit Vertretern der Alliierten Hohen Kommission S. 85

In der vierten Besprechung mit Vertretern der AHK auf dem Petersberg über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik nimmt die AHK zu den bisherigen Vorschlägen der Bundesregierung Stellung, jedoch nicht zu Stärke, Organisation und Zusammensetzung von Truppenkontingenten der Bundesrepublik. Der Beauftragte des Bundeskanzlers, Blank, äußert sich zu Ausrüstung und Bewaffnung.

22 05.02 Generalkonsul I. Klasse Clemens von Brentano, Rom, an die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten S. 90

Brentano berichtet von einem Gespräch mit dem italienischen Außenminister Sforza über Fragen der europäischen Einigung und Sicherheit.

23 06.02. Generalkonsul I. Klasse Du Mont, Amsterdam, an die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten S. 94

Du Mont informiert über die Besorgnis im niederländischen Außenministerium, daß die Bundesregierung auf Angebote der DDR zur Wiedervereinigung Deutschlands eingehen könne.

24 06.02. Generalkonsul I. Klasse Du Mont, Amsterdam, an die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten S. 95

Du Mont berichtet von den Überlegungen der niederländischen Regierung, mit der Bundesregierung in Verhandlungen über die Grenzfrage einzutreten.

25 07.02. Generalkonsul I. Klasse Clemens von Brentano, Rom, an die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten S. 97

Brentano hält ein Gespräch mit Ministerpräsident de Gasperi über Fragen der europäischen Verteidigung fest.

26 12.02. Vortragender Legationsrat Dittmann an Vortragenden Legationsrat von Kessel, Paris S. 99

Dittmann informiert Kessel über die neuesten Entwicklungen in der Diskussion um einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik.

27 13.02. Ministerialdirektor Blankenhorn an Staatssekretär Hallstein, z. Z. Paris S. 101

Blankenhorn teilt Hallstein dessen Ernennung zum Delegationsleiter bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee mit. Zum militärischen Sachverständigen wird Oberstleutnant a. D. de Maizière berufen.

28 16.02. Besprechung mit Vertretern der Alliierten Hohen Kommission S. 103

In der fünften Besprechung mit Vertretern der AHK auf dem Petersberg über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik werden Fragen der Dislozierung sowie der Stärke von Truppenkontingenten der Bundesrepublik behandelt.

29 16.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dittmann S. 106

Dittmann informiert über den Wunsch des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy nach einer Aussprache mit Bundeskanzler Adenauer über die Schwierigkeiten, die bei den Verhandlungen über den Schuman-Plan und bei der Umsetzung des Gesetzes Nr. 27 der AHK aufgetreten sind.

30 17.02. Aufzeichnung des Referenten Böker S. 107

Böker informiert über seine Reise in die USA vom 27. Januar bis 15. Februar 1951.

31 17.02. Aufzeichnung des Oberstleutnants a. D. de Maizière, Paris S. 118

De Maizière analysiert die militärischen Bestimmungen des französischen Memorandums vom 15. Februar 1951 über die Organisation einer europäischen Armee.

32 17.02. Regierender Bürgermeister Reuter an Bundeskanzler Adenauer S. 120

Reuter äußert sich zur staatsrechtlichen Einbeziehung von Berlin (West) in die Bundesrepublik, zur Abgrenzung der Finanzverantwortlichkeit, zur Verlegung von Bundesbehörden und zum Zugang nach Berlin (West).

33 20.02. Ressortbesprechung S. 125

In der Ressortbesprechung wird insbesondere das französische Memorandum vom 15. Februar 1951 über die Organisation einer europäischen Armee erörtert.

34 24.02. Legationsrat I. Klasse von Marchtaler, Paris, an die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten S. 130

Marchtaler faßt die Sitzung der Delegationschefs bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee zusammen. Der belgische Delegationsleiter, Baron de Gruben, äußerte Bedenken gegenüber dem französischen Kampfgruppen-Konzept.

35 26.02. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem italienischen Außenhandelsminister Lombardo S. 132

Adenauer und Lombardo erörtern Fragen der Eingliederung der Bundesrepublik in das westeuropäische Staatensystem, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie die Fortführung der amerikanischen Wirtschaftshilfe.

36 27.02. Ressortbesprechung S. 136

Erörtert werden organisatorische Fragen bei den Verhandlungen über eine europäische Armee in Paris und die Stellungnahme zum französischen Kampfgruppen-Konzept.

37 27.02. Legationsrat I. Klasse von Marchtaler, Paris, an Staatssekretär Hallstein S. 142

Marchtaler unterrichtet Hallstein von einem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter in Paris, Bruce, über Fragen einer europäischen Armee.

38 28.02 Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dittmann S. 145

Dittmann informiert über ein Gespräch mit dem Politischen Berater im amerikanischen Hochkommissariat, Reber, anläßlich der Übergabe eines Aide-mémoire der AHK zur Revision des Besatzungsstatuts.

39 02.03. Aufzeichnung des Oberregierungsrats Ostermann von Roth S. 149

Ostermann von Roth faßt die sechste Besprechung mit Vertretern der AHK auf dem Petersberg über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik zusammen, in der die AHK die Auffassung zur Rechtsstellung von Truppenkontingenten der Bundesrepublik im Kriegsfall darlegte. Die Delegation der Bundesrepublik äußerte sich zu Stärke und Zusammensetzung von militärischen Einheiten einer internationalen Armee.

40 02.03 Generalkonsul I. Klasse Pfeiffer, Brüssel, an Bundeskanzler Adenauer S. 150

Pfeiffer informiert Adenauer über einen Gedankenaustausch mit dem amerikanischen Botschafter in Brüssel, Murphy. Im Mittelpunkt stand die Einstellung des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy gegenüber der Bundesrepublik.

41 02.03. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy S. 153

Themen sind die Verhandlungen über die Organisation einer europäischen Armee, die Neuordnung im Kohlenbergbau sowie in der Eisen- und Stahlindustrie, die Kürzung amerikanischer Wirtschaftshilfe und Getreidelieferungen sowie die Revisionsverfahren gegen Deutsche, die wegen Kriegsverbrechen von amerikanischen Militärgerichten verurteilt wurden.

42 02.03. Bundeskanzler Adenauer an den britischen Hohen Kommissar Kirkpatrick S. 161

Adenauer dankt Kirkpatrick für die britische Zusage, die Insel Helgoland bis zum 1. März 1952 freizugeben, und sagt Unterstützung bei der Zuweisung von Ersatzzielen für die britische Luftwaffe zu.

43 03.03. Generalkonsul I. Klasse Krekeler, New York, an Bundeskanzler Adenauer S. 163

Krekeler berichtet von einem Gespräch mit dem Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Harriman, über die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem.

44 05.03. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem französischen Hohen Kommissar François-Poncet S. 166

Themen sind das Mitbestimmungsrecht in Kohlenbergwerken, die Vorkonferenz der stellvertretenden Außenminister der Vier Mächte in Paris und die vorgesehene Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer vor dem Bundestag zu gesamtdeutschen Wahlen.

45 05.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Hallstein S. 169

Hallstein leitet eine Mitteilung des französischen Hohen Kommissars François-Poncet an Bundeskanzler Adenauer zur Saarfrage weiter.

46 06.03. Ressortbesprechung S. 170

Themen sind die Stellungnahme auf der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris zum französischen Kampfgruppen-Konzept, die Beschlüsse der NATO-Ministerratstagung vom 18./19. Dezember 1950 sowie die französische Haltung zu einem Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik.

47 06.03. Instruktionen für die Delegation bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris S. 174

Das weitere Vorgehen bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee wird festgelegt.

48 06.03. Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, François-Poncet S. 176

Adenauer informiert François-Poncet über die Anerkennung der deutschen Auslandsschulden durch die Bundesregierung.

49 07.03. Vortragender Legationsrat von Kessel, Paris, an die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten S. 178

Kessel leitet Informationen über den Verlauf der Vorkonferenz der stellvertretenden Außenminister der Vier Mächte weiter.

50 09.03. Vortragender Legationsrat a. D. Roediger, Paris, an Staatssekretär Hallstein S. 179

Roediger teilt mit, daß sich die französische Delegation bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in der Frage der Mindeststärke homogener nationaler Einheiten gesprächsbereit gezeigt habe.

51 09.03. Aufzeichnung des Oberregierungsrats Ostermann von Roth S. 181

Ostermann von Roth faßt Mitteilungen des Mitarbeiters im französischen Hochkommissariat, Cheysson, über die ersten drei Sitzungen der Vorkonferenz der stellvertretenden Außenminister der Vier Mächte in Paris zusammen.

52 13.03. Aufzeichnung des Referenten Böker, z. Z. Paris S. 184

Böker berichtet über ein Gespräch mit dem Mitarbeiter der ECA in Paris, Riddleberger, zu Fragen einer europäischen Armee und eines Verteidigungsbeitrags der Bundesrepublik.

53 14.03. Aufzeichnung des Referenten Böker, z. Z. Paris S. 185

Böker informiert über ein Gespräch mit dem Mitarbeiter der ECA in Paris, Riddleberger, der sich zum Verhältnis zwischen einer europäischen Armee und der NATO äußerte.

54 15.03 Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, François-Poncet S. 186

Adenauer teilt François-Poncet mit, daß er die Leitung des neu errichteten Auswärtigen Amts übernommen habe.

55 16.03. Aufzeichnung des Obersten a. D. Graf von Kielmansegg S. 188

Kielmansegg faßt die siebte Besprechung mit Vertretern der AHK auf dem Petersberg über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik zusammen. Erörtert wurden die Kosten des Aufbaus von Truppenkontingenten in einer Gesamtstärke von 250 000 Mann.

56 19.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dittmann S. 189

Dittmann berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem dänischen Außenminister Kraft. Im Mittelpunkt stand die Haltung der Bundesregierung zur Kieler Erklärung vom 26. September 1949 und die Herstellung bilateraler Beziehungen.

57 20.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dittmann S. 191

Dittmann hält ein Gespräch mit dem französischen Hohen Kommissar François-Poncet fest. Themen waren die Rundfunkansprache des Bundeskanzlers Adenauer zur Paraphierung des Schuman-Plans, eine Rede des SPD-Vorsitzenden Schumacher in Kiel und Äußerungen des Bundesministers Kaiser in Salzburg.

58 21.03. Aufzeichnung des Referenten Lahusen S. 194

Lahusen erörtert, ob als Auslandsvertretungen ausschließlich Gesandtschaften oder auch Botschaften errichtet werden sollten.

59 23.03. Generalkonsul I. Klasse Clemens von Brentano, Rom, an das Auswärtige Amt S. 195

Brentano berichtet von einem Gespräch mit Ministerpräsident de Gasperi über dessen Unterredungen mit britischen und französischen Staatsmännern und über einen Besuch des Bundeskanzlers Adenauer in Italien.

60 28.03. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Salat S. 198

Salat informiert über die Bemühungen der Bundesregierung um Aufnahme in die UNESCO und über das Beitrittsverfahren.

61 29.03. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Henderson S. 201

Adenauer und Henderson erörtern Fragen der europäischen Einigung.

62 29.03. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von Marchtaler, Paris S. 206

Marchtaler berichtet über die französische Reaktion auf die Paraphierung des Schuman-Plans durch die Bundesregierung, die Saarfrage, die bilateralen Beziehungen und die Vorkonferenz der stellvertretenden Außenminister der Vier Mächte.

63 04.04. Ressortbesprechung S. 210

Einvernehmen wird darüber erzielt, daß wegen der bevorstehenden Wahlen zur französischen Nationalversammlung neue Vorschläge der Delegation der Bundesrepublik auf der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris vorerst zurückgestellt werden.

64 06.04. Aufzeichnung des Obersten a. D. Graf von Kielmansegg S. 211

Kielmansegg faßt die achte Besprechung mit Vertretern der AHK auf dem Petersberg über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik zusammen. Thematisiert wurden die Errichtung eines Verteidigungsministeriums und einer Generalinspektion sowie die Luftverteidigung.

65 09.04. Bundeskanzler Adenauer an die Hohen Kommissare S. 213

Adenauer erinnert an die Sicherheitsgarantie der Drei Mächte zum Schutz der Bundesrepublik und von Berlin (West) und bittet um Truppenverstärkungen im Bundesgebiet.

66 10.04. Aufzeichnung des Ministerialrats Ophüls, Paris S. 216

Ophüls skizziert die Positionen auf der Konferenz über den Schuman-Plan in Paris zu einzelnen Artikeln des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

67 11.04. Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, Kirkpatrick S. 220

Adenauer bittet die AHK um Zustimmung zur Aufnahme diplomatischer oder konsularischer Beziehungen mit einer Reihe von Staaten.

68 14.04. Bundeskanzler Adenauer, z. Z. Paris, an den französischen Außenminister Schuman S. 221

Adenauer unterbreitet Schuman Vorschläge zur Behandlung des Saarproblems im Rahmen des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

69 16.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats a. D. Roediger, Paris S. 223

Roediger berichtet von seinem Vortrag bei Bundeskanzler Adenauer über den Verlauf der Verhandlungen bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee und von dem anschließenden Gespräch zwischen Adenauer und dem französischen Delegationsleiter Alphand.

70 20.04. Aufzeichnung des Obersten a. D. Graf von Kielmansegg S. 225

Kielmansegg faßt die neunte Besprechung mit Vertretern der AHK auf dem Petersberg über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik zusammen. Vorgetragen wurden Überlegungen zur Aufstellung einer Luftwaffe und zur Notwendigkeit von Küstenschutzstreitkräften.

71 24.04. Generalkonsul Jansen, Luxemburg, an das Auswärtige Amt S. 227

Jansen berichtet über ein Gespräch mit dem luxemburgischen Außenminister Bech anläßlich der Übergabe des Beglaubigungsschreibens. Themen waren der Schuman-Plan und die Unterbringung des Generalkonsulats.

72 26.04. Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy S. 230

Im Mittelpunkt stehen der Exportpreis für Kohle, der West-Ost-Handel, der Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik und die finanzielle Unterstützung der Wissenschaften.

73 28.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Herwarth von Bittenfeld S. 234

Herwarth weist darauf hin, daß bei der Ernennung eines Generalkonsuls keine Zustimmung des Empfangslands erforderlich sei, wohl aber bei der Errichtung eines Generalkonsulats.

74 04.05. Aufzeichung des Obersten a. D. Graf von Kielmansegg S. 236

Kielmansegg faßt die zehnte Besprechung mit Vertretern der AHK auf dem Petersberg über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik zusammen. Themen waren die Errichtung von obersten militärischen Bundesbehörden, eine taktische Luftwaffe und leichte Seestreitkräfte sowie die Kosten eines Verteidigungsbeitrags.

75 07.05. Generalkonsul I. Klasse Krekeler, New York, an Bundeskanzler Adenauer S. 237

Krekeler berichtet über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Byroade. Im Mittelpunkt standen die Ablösung des Besatzungsstatuts und das Gesetz zur völkerrechtlichen Beendigung des Kriegszustands mit Deutschland.

76 08.05. Vortragender Legationsrat a. D. Roediger, Paris, an das Auswärtige Amt S. 240

Roediger erörtert die italienische Haltung zur Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris.

77 09.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blankenhorn S. 242

Blankenhorn informiert über die Mitteilung des Politischen Beraters im amerikanischen Hochkommissariat, Reber, daß der Wortlaut eines Schreibens des Bundeskanzlers Adenauer an die AHK zur Übernahme von Besatzungskosten geändert werden solle.

78 09.05. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Salat S. 244

Salat berichtet über die Vorbereitungen zu Verhandlungen über Kulturabkommen mit Frankreich, Italien und Spanien.

79 09.05. Aufzeichnung des Leiters der Delegation für die Ablösung des Besatzungsstatuts, Grewe S. 246

Grewe erörtert den Inhalt einer allgemeinen Instruktion für die Delegation der Bundesrepublik vor einer Aufnahme von Verhandlungen mit Vertretern der AHK über die Ablösung des Besatzungsstatuts.

80 09.05. Vortragender Legationsrat Mohr, z. Z. Straßburg, an das Auswärtige Amt S. 249

Mohr informiert über die Reaktionen auf den Vorschlag des französischen Außenministers Schuman, einen inoffiziellen Gedankenaustausch zwischen den Außenministern der Mitgliedstaaten des Europarats durchzuführen.

81 10.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dittmann S. 250

Dittmann notiert die Mitteilung des Politischen Beraters im britischen Hochkommissariat, O'Neill, zum Charakter der Besprechungen mit Vertretern der AHK auf dem Petersberg über die Ablösung des Besatzungsstatuts.

82 11.05. Bundeskanzler Adenauer an den französischen Außenminister Schuman S. 251

Adenauer bittet Schuman, den amerikanischen Hohen Kommissar McCloy zu veranlassen, mit der Bundesregierung über die Bildung der neuen Kohle- und Stahlgesellschaften zu verhandeln, bevor die Durchführungsverordnungen der AHK in Kraft treten.

83 16.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Kessel, Paris S. 253

Kessel informiert über ein Gespräch mit dem Kabinettschef des Generalsekretärs im französischen Außenministerium, Laloy. Themen waren die Vorkonferenz der stellvertretenden Außenminister der Vier Mächte, die Verhandlungen über eine europäische Armee, die Aufnahme der Türkei und Griechenlands in die NATO und die „Internationale Konferenz zur Lösung des deutschen Problems".

84 16.05. Vortragender Legationsrat a. D. Roediger, Paris, an das Auswärtige Amt S. 255

Roediger bilanziert die Verhandlungen in den Ausschüssen der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee.

85 17.05. Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, McCloy S. 262

Adenauer bittet um beschleunigte Rückgabe der Akten des Auswärtigen Amts aus der Zeit vor 1945.

86 18.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dittmann S. 263

Dittmann hält das Ergebnis eines Gesprächs des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy über die Ablösung des Besatzungsstatuts durch vertragliche Regelungen fest.

87 18.05. Aufzeichnung des Obersten a. D. Graf von Kielmansegg S. 264

Kielmansegg faßt die elfte Besprechung mit Vertretern der AHK auf dem Petersberg über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik zusammen. Themen waren die obersten Verteidigungsbehörden, die territoriale Organisation von Truppenkontingenten sowie die Abfassung eines Schlußberichts.

88 19.05. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem britischen Außenminister Morrison S. 266

Adenauer und Morrison erörtern die innenpolitische Lage der Bundesrepublik, Verteidigungsfragen und die Haltung Großbritanniens zur europäischen Einigung.

89 22.05. Generalkonsul I. Klasse von Kamphoevener, Istanbul, an das Auswärtige Amt S. 283

Kamphoevener faßt Gespräche im türkischen Außenministerium zusammen. Themen waren die Erleichterung der Konsulartätigkeit, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, das deutsche Eigentum in der Türkei und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

90 25.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blankenhorn S. 287

Blankenhorn resümiert ein Gespräch mit dem türkischen Gesandten Ayasli zur Sicherheitslage der Türkei.

91 25.05. Aufzeichnung des Referenten Haack S. 288

Haack gibt Mitteilungen des Mitarbeiters im amerikanischen Hochkommissariat, Koczak, wieder, wonach eine Rückgabe der Akten des Auswärtigen Amts aus der Zeit vor 1945 nicht vor Abschluß der amerikanisch-britisch-französischen Aktenpublikation erfolgen werde, an der auch Historiker aus der Bundesrepublik beteiligt werden sollten.

92 28.05. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem französischen Hohen Kommissar François-Poncet S. 291

Adenauer und François-Poncet erörtern die Auswirkungen des Verbots der DPS auf die deutsch-französischen Beziehungen.

93 29.05. Aufzeichnung des Leiters der Delegation für die Ablösung des Besatzungsstatuts, Grewe S. 297

Grewe erörtert notwendige vertragliche Vereinbarungen zur Ablösung des Besatzungsstatuts.

94 29.05. Generalkonsul Hausenstein, Paris, an das Auswärtige Amt S. 300

Hausenstein berichtet, daß der Gesandte der Republik China (Taiwan) in Paris, Tuan Mao-Lan, den Wunsch nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen geäußert habe.

95 30.05. Vortragender Legationsrat a. D. Roediger, Paris, an Staatssekretär Hallstein S. 301

Roediger regt an, bei der Ressortbesprechung am 5. Juni 1951 die Position der Bundesrepublik zu offenen Fragen der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee festzulegen.

96 04.06. Aufzeichnung des Obersten a. D. Graf von Kielmansegg S. 303

Kielmansegg faßt die zwölfte Besprechung mit Vertretern der AHK auf dem Petersberg über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik zusammen. Verabschiedet wurde der erste Teil des Zwischenberichts.

97 04.06. Aufzeichnung des Obersten a. D. Graf von Kielmansegg S. 304

Kielmansegg faßt die dreizehnte Besprechung mit Vertretern der AHK auf dem Petersberg über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik zusammen, in der der zweite Teil des Zwischenberichts verabschiedet wurde.

98 05.06. Bundeskanzler Adenauer an den amerikanischen Hohen Kommissar McCloy — S. 306

Adenauer übermittelt McCloy ein Memorandum über Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen West-Ost-Handels und stimmt dem amerikanischen Vorschlag einer Zusammenarbeit mit Sachverständigen aus der Bundesrepublik zu.

99 05.06. Ressortbesprechung — S. 308

Nach Darlegungen über die Verhandlungen bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris erörtern die Teilnehmer der Ressortbesprechung den von französischer Seite gewünschten Zwischenbericht.

100 05.06. Instruktionen für die Delegation bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris — S. 313

Das Vorgehen für die Abfassung eines Zwischenberichts wird festgelegt.

101 10.06. Vortragender Legationsrat a. D. Roediger, Paris, an Staatssekretär Hallstein — S. 314

Roediger berichtet über ein Gespräch mit dem Leiter der französischen Delegation bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris, Alphand, in dem Zweck, Form und Inhalt eines Zwischenberichts erörtert wurden.

102 11.06. Aufzeichnung des Gesandtschaftsrats a. D. Weiz — S. 317

Weiz faßt die Vorbesprechungen mit dem Drei-Mächte-Ausschuß für die deutschen Auslandsschulden vom 5. bis 7. Juni 1951 in Bonn und Bad Godesberg zusammen.

103 14.06. Aufzeichnung des Gesandten von Bargen — S. 327

Bargen berichtet über die Aufnahme der Bundesrepublik in die Internationale Arbeitsorganisation.

104 15.06. Staatssekretär Hallstein an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, François-Poncet — S. 331

Hallstein übermittelt François-Poncet ein Memorandum zur Frage eines finanziellen Verteidigungsbeitrags. Hingewiesen wird auf die begrenzte Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik aufgrund sozialer Verpflichtungen.

105 16.06. Rundschreiben des Vortragenden Legationsrats Mohr — S. 337

Mohr äußert sich zur Beteiligung der Bundesrepublik am erweiterten technischen Beistandsprogramm der UNO.

106 19.06. Aufzeichnung des Staatssekretärs Hallstein, z. Z. Paris S. 340

Hallstein berichtet von einem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter in Paris, Bruce, in dem Fragen der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee erörtert wurden.

107 20.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats a. D. Roediger, Paris S. 342

Roediger informiert über ein Gespräch des Staatssekretärs Hallstein mit dem Leiter der französischen Delegation bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris, Alphand, zur Frage eines Verteidigungsbeitrags der Bundesrepublik.

108 20.06. Staatssekretär Hallstein, z. Z. Paris, an Bundeskanzler Adenauer S. 344

Hallstein faßt Gespräche mit dem amerikanischen Botschafter in Paris, Bruce, sowie mit dem Leiter der französischen Delegation bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee, Alphand, zusammen.

109 21.06. Runderlaß des Referenten Schaffarczyk S. 346

Schaffarczyk übermittelt die Weisung der AHK, Teilnehmern an den Internationalen Festspielen der Kommunistischen Jugend in Ost-Berlin keine Erlaubnis zur Ein- und Durchreise in die Bundesrepublik zu erteilen.

110 22.06. Staatssekretär Hallstein, z. Z. Paris, an Bundeskanzler Adenauer S. 347

Hallstein informiert über die Aufnahme der Bundesrepublik in die UNESCO und über ein Gespräch mit dem Generalkommissar des französischen Planungsamts, Monnet, zu den Verhandlungen über eine europäische Armee.

111 22.06. Aufzeichnung des Leiters der Delegation für die Ablösung des Besatzungsstatuts, Grewe S. 348

Grewe berichtet über ein Gespräch mit dem Politischen Berater im amerikanischen Hochkommissariat, Reber, zu Fragen der Ablösung des Besatzungsstatuts.

112 25.06. Vortragender Legationsrat von Kessel, Paris, an das Auswärtige Amt S. 349

Kessel berichtet über ein Gespräch mit dem Kabinettschef des Generalsekretärs im französischen Außenministerium, Laloy, nach Abbruch der Vorkonferenz der stellvertretenden Außenminister der Vier Mächte in Paris.

113	28.06.	Aufzeichnung des Leiters der Delegation für die Ablösung des Beatzungsstatuts, Grewe Grewe nimmt zum Truppenvertrag Stellung und plädiert dafür, den Drei Mächten begrenzte Befugnisse zur Verhängung des Ausnahmezustands einzuräumen.	S. 351
114	28.06.	Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, François-Poncet Adenauer weist darauf hin, daß der Bundestag die Anerkennung der deutschen Auslandsschulden überprüfen könnte, falls die Frage des deutschen Auslandsvermögens nicht geregelt werde.	S. 356
115	29.06.	Ressortbesprechung In der Ressortbesprechung zu Fragen der Ablösung des Besatzungsstatuts wird insbesondere die Hinnahme von Ausnahmebefugnissen aufgrund der Obersten Gewalt der Drei Mächte erörtert.	S. 360
116	30.06.	Aufzeichnung des Leiters der Delegation für die Ablösung des Besatzungsstatuts, Grewe Grewe faßt die Besprechungen mit Vertretern der AHK auf dem Petersberg über die Ablösung des Besatzungsstatuts zusammen.	S. 366
117	02.07.	Aufzeichnung des Botschaftsrats a. D. Becker Becker informiert über israelische Vorschläge für den Warenverkehr mit der Bundesrepublik.	S. 376
118	02.07.	Generalkonsul I. Klasse Krekeler, Washington, an das Auswärtige Amt Krekeler berichtet von einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Byroade, über eine völkerrechtliche Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland.	S. 378
119	05.07.	Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy Adenauer und McCloy erörtern den West-Ost-Handel, die ECA-Hilfe, die Durchführung des Gesetzes Nr. 27 der AHK, den Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik und die Ablösung des Besatzungsstatuts.	S. 379

120 06.07. Aufzeichnung des Leiters der Delegation für die Ablösung des Besatzungsstatuts, Grewe S. 386

Grewe berichtet von Gesprächen mit dem Leiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten im französischen Hochkommissariat, de Guiringaud, und dem Politischen Berater im britischen Hochkommissariat, O'Neill. Themen waren die Vorschläge der Drei Mächte zur Aufhebung der Kontrollen auf dem Gebiet der auswärtigen Beziehungen.

121 06.07. Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, Kirkpatrick S. 390

Adenauer übermittelt Kirkpatrick ein Memorandum zur Problematik verschleppter Personen und Flüchtlinge im Bundesgebiet.

122 07.07. Aufzeichnung des Oberregierungsrats von Schmoller S. 395

Schmoller berichtet über ein Gespräch mit dem Politischen Berater im britischen Hochkommissariat, O'Neill. Erörtert wurden die Konsequenzen der Ablösung des Besatzungsstatuts für die Oberste Gewalt der Drei Mächte.

123 07.07. Leiter der Delegation für Auslandsschulden, Abs, z. Z. London, an das Auswärtige Amt S. 397

Abs teilt mit, daß er sich bei den Besprechungen über die deutschen Vorkriegsschulden in London lediglich vorbehalten habe, die Einbeziehung des deutschen Auslandsvermögens zu einem späteren Zeitpunkt vorzubringen.

124 08.07. Instruktionen für die Delegation bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris S. 400

Der Beauftragte des Bundeskanzlers, Blank, wird zum Leiter der Delegation bei der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris ernannt. Die Delegation erhält Weisungen für die weiteren Verhandlungen und für die Abfassung eines Zwischenberichts.

125 10.07. Sitzung des Lenkungsausschusses der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris S. 402

In der Sitzung des Lenkungsausschusses werden insbesondere die Rekrutierung von Soldaten in nationaler Verantwortlichkeit während einer Übergangsperiode und die Befugnisse eines europäischen Verteidigungskommissars erörtert.

126 10.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dittmann S. 410

Dittmann berichtet über Verfahren gegen Deutsche, die wegen Kriegsverbrechen in den westlichen Staaten angeklagt oder verurteilt wurden. Er erörtert die jeweiligen Möglichkeiten zur Einflußnahme auf Begnadigungen.

127 11.07. Gespräch des Leiters der Delegation für die Ablösung des Besatzungsstatuts, Grewe, mit dem Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, Klein S. 419

Thema ist die Einbeziehung von Berlin (West) in die Verhandlungen und in das Vertragswerk über die Ablösung des Besatzungsstatuts.

128 11.07. Aufzeichnung des Leiters der Delegation für die Ablösung des Besatzungsstatuts, Grewe S. 423

Grewe unterbreitet den Entwurf einer Grundsatzerklärung der Drei Mächte zur Ablösung des Besatzungsstatuts.

129 14.07. Aufzeichnung des Obersten a. D. Graf von Kielmansegg, Paris S. 426

Kielmansegg informiert über das amerikanische Drängen auf rasche Aufstellung von militärischen Einheiten der Bundesrepublik.

130 19.07. Sicherheitsvertrag (Entwurf) S. 428

In dem Entwurf eines Sicherheitsvertrags werden die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten neu geregelt.

131 19.07. Aufzeichnung des Leiters der Delegation für die Ablösung des Besatzungsstatuts, Grewe S. 430

Grewe informiert über Gespräche mit britischen und amerikanischen Vertretern der AHK zu Fragen der Ablösung des Besatzungsstatuts durch vertragliche Regelungen.

132 21.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats a. D. Roediger und des Ministerialrats Ophüls, Paris S. 433

Roediger und Ophüls berichten über die amerikanische Haltung zur Schaffung einer europäischen Armee unter Beteiligung der Bundesrepublik.

133 24.07. Aufzeichnung des Referenten Böker S. 437

Böker faßt eine Unterredung mit dem ehemaligen Sicherheitsberater des Bundeskanzlers zusammen. Graf von Schwerin berichtete von einem Aufenthalt in Großbritannien und den Äußerungen seiner Gesprächspartner zu einem Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik.

134 24.07. Vortragender Legationsrat a. D. Roediger, Paris, an das Auswärtige Amt S. 439

Roediger teilt mit, daß der Zwischenbericht von der Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee in Paris genehmigt und mit der Stellungnahme der Delegation der Bundesrepublik an die Beobachter- und Teilnehmerstaaten weitergeleitet worden sei.

135 25.07. Vortragender Legationsrat a. D. Roediger, Paris, an das Auswärtige Amt S. 441

Roediger berichtet, daß bei einem Gespräch mit dem britischen Gesandten in Paris, Hayter, vom Beauftragten des Bundeskanzlers, Blank, der Wunsch nach einer aktiveren Rolle des britischen Beobachters auf der Konferenz für die Organisation einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft geäußert wurde.

136 02.08. Sicherheitsvertrag (Entwurf) S. 443

In dem mit den Drei Mächten zu schließenden Vertrag sollen nach der völkerrechtlichen Beendigung des Kriegszustands die gegenseitigen Verpflichtungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten neu geregelt werden.

137 09.08. Memorandum der Bundesregierung (Entwurf) S. 446

Die Bundesregierung schlägt vor, das Saargebiet zu einem europäischen Territorium zu erklären und den an der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl beteiligten Staaten die oberste Regierungsgewalt zu übertragen.

138 10.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Etzdorf S. 448

Etzdorf unterrichtet über ein Gespräch mit dem stellvertretenden Präsidenten des Polnischen Nationalrats in London, Makkiewicz, über die deutsch-polnische Grenzfrage.

139 14.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blankenhorn S. 450

Blankenhorn gibt Äußerungen des französischen Stellvertretenden Hohen Kommissars Bérard zu Reisen des ehemaligen Botschafters Rahn nach Spanien und Portugal wieder.

140 14.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blankenhorn S. 451

Blankenhorn faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Stellvertretenden Hohen Kommissar Hays über den Entwurf der Bundesregierung vom 2. August 1951 für einen Sicherheitsvertrag zusammen.

141 14.08. Aufzeichnung des Leiters der Delegation für die Ablösung des Besatzungsstatuts, Grewe S. 453

Grewe bilanziert die Besprechungen vom 10. Mai bis 3. August 1951 mit Vertretern der AHK auf dem Petersberg über die Ablösung des Besatzungsstatuts.

142 22.08. Generalkonsul I. Klasse Ulrich, z. Z. Bled, an das Auswärtige Amt S. 459

Ulrich berichtet über seinen Antrittsbesuch bei Ministerpräsident Tito. Im Mittelpunkt standen die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Rückführung deutscher Kriegsgefangener aus Jugoslawien.

143 23.08. Bundeskanzler Adenauer an den französischen Außenminister Schuman S. 463

Adenauer unterbreitet Schuman Überlegungen zu einem Vertragswerk über die Ablösung des Besatzungsstatuts. Zugleich äußert er sich besorgt über die Belastung der bilateralen Beziehungen durch die Saarfrage und die von Frankreich wegen Kriegsverbrechen verurteilten Deutschen.

144 25.08. Memorandum der Bundesregierung S. 466

Entwickelt werden Überlegungen zu einer Vorvereinbarung über eine europäische Verteidigungsgemeinschaft, aufgrund derer gesetzliche und militärische Maßnahmen zur Schaffung europäischer Streitkräfte unmittelbar eingeleitet werden können.

145 25.08. Erklärung der Bundesregierung (Entwurf) S. 469

Die Bundesregierung nimmt Stellung zum Problem der Wiedergutmachung gegenüber Israel und den Juden.

146 28.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blankenhorn S. 473

Blankenhorn faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers mit dem britischen Hohen Kommissar zusammen. Adenauer und Kirkpatrick erörterten den Entwurf der Bundesregierung für einen Sicherheitsvertrag, das geplante Ablösungsgesetz zum Kontrollratsgesetz Nr. 5 über das deutsche Auslandsvermögen sowie die beschleunigte Freilassung von Deutschen, die wegen Kriegsverbrechen von britischen Militärgerichten verurteilt wurden.

147 29.08. Aufzeichnung des Legationssekretärs a. D. Hess S. 476

Hess erörtert einen Austausch von amtlichen Vertretungen zwischen der Bundesrepublik und ostasiatischen bzw. südostasiatischen Staaten.

148 30.08. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Harriman S. 479

Themen waren die innenpolitische Lage der Bundesrepublik, die Ablösung des Besatzungsstatuts, ein Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik sowie Probleme der europäischen Kohle- und Stahlindustrie.

149 04.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Kessel, Paris S. 481

Kessel berichtet von einem Gespräch des Beauftragten des Bundeskanzlers, Blank, mit dem Generalkommissar des französischen Planungsamts, Monnet, und dem Leiter der französischen Delegation bei der Konferenz für die Organisation einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Alphand. Themen waren die Freistellung von französischen Truppen für Übersee und die Teilnahme des Generalleutnants a. D. Speidel an den Verhandlungen über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft.

150 10.09. Aufzeichnung des Staatssekretärs Hallstein S. 483

Hallstein faßt ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter in der amerikanischen Hohen Kommission, Leonard, über Kürzungen der amerikanischen Wirtschaftshilfe zusammen.

151 10.09. Rundschreiben des Vortragenden Legationsrats Dittmann S. 485

Dittmann bittet einzelne Amtsangehörige um dienstliche Stellungnahmen zu Vorwürfen, die in einer Artikelserie der „Frankfurter Rundschau" erhoben wurden.

152 13.09. Botschafter Du Mont, Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 487

Du Mont berichtet über die Haltung der niederländischen Regierung zu einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

153 14.09. Aufzeichnung des Referenten Böker S. 489

Böker informiert über eine Unterredung mit dem französischen Stellvertretenden Hohen Kommissar. Bérard berichtete über die Ergebnisse der Außenministerkonferenz der Drei Mächte in Washington.

154 20.09. Besprechung mit Vertretern des Senats von Berlin S. 491

Im Mittelpunkt der Besprechung stehen eine weitgehende Angleichung der Rechtsstellung von Berlin (West) an diejenige der Bundesrepublik nach Ablösung des Besatzungsstatuts und die Ausübung der Kontrollrechte durch die Drei Mächte in der Stadt.

155 21.09. Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, François-Poncet S. 501

Adenauer informiert über den Abschluß des Interzonenhandelsabkommens am 20. September 1951 und über die Bedingungen, die von der Bundesregierung gegenüber der DDR gestellt wurden.

156 21.09. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats von Etzdorf S. 503

Etzdorf übermittelt eine Sprachregelung für die Bezeichnung der Gebiete des Deutschen Reiches östlich von Oder und Neiße.

157 25.09. Besprechung mit Vertretern der Alliierten Hohen Kommission S. 504

Staatssekretär Hallstein erörtert mit Vertretern der AHK die Ausführungen des französischen Hohen Kommissars François-Poncet über die Außenministerkonferenz der Drei Mächte in Washington.

158 26.09. Besprechung im Bundeskanzleramt S. 510

Unter Vorsitz des Staatssekretärs Hallstein wird die Position der Bundesregierung zu den einzelnen Punkten erörtert, die mit den Drei Mächten bei der Ablösung des Besatzungsstatuts vertraglich zu regeln sind.

159 28.09. Besprechung im Bundeskanzleramt S. 515

Staatssekretär Hallstein nimmt Stellung zum Entwurf der Drei Mächte vom 24. September 1951 für einen Generalvertrag.

160 01.10. Aufzeichnung des Referenten Böker S. 517

Böker faßt ein Gespräch mit dem Vertreter des American Jewish Committee in Europa zusammen, in dem Shuster am 26. September 1951 vorab über die Regierungserklärung zur Wiedergutmachungsfrage informiert wurde.

161 03.10. Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, Kirkpatrick S. 518

Adenauer bittet die Drei Mächte, die Bildung einer internationalen Kommission unter der Kontrolle der UN vorzuschlagen, welche die Voraussetzungen für freie gesamtdeutsche Wahlen prüfen soll.

162 04.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Hallstein S. 520

Hallstein lehnt die Errichtung eines Europaministeriums ab.

163 12.10. Aufzeichnung des Referenten Grosse, Washington S. 523

Grosse berichtet von einer informellen Besprechung mit Vertretern des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank über einen Beitritt der Bundesrepublik.

164 12.10. Besprechung mit Vertretern der Alliierten Hohen Kommission S. 526

Der zur Vorbereitung der Verträge zwischen den Drei Mächten und der Bundesrepublik eingesetzte Hauptausschuß befaßt sich mit den Vorbehaltsrechten der Drei Mächte.

165 13.10. Ressortbesprechung S. 534

Thema ist die Organisation der europäischen Verteidigung.

166 15.10. Generalkonsul I. Klasse Krekeler, Washington, an das Auswärtige Amt S. 541

Krekeler informiert über eine Unterredung mit dem Berater im amerikanischen Außenministerium, Bohlen. Erörtert wurden die sowjetische Haltung zur Wiedervereinigung Deutschlands und Fragen der Integration der Bundesrepublik in das westliche Staatensystem.

167 17.10. Gesandter Sieveking, Stockholm, an das Auswärtige Amt S. 544

Sieveking berichtet über die schwedische Position zur Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Staatensystem und zur Wiedervereinigung Deutschlands.

168 18.10. Besprechung mit Vertretern der Alliierten Hohen Kommission S. 545

Im Mittelpunkt stehen die Vorbehaltsrechte der Drei Mächte in bezug auf Berlin, die Stationierung von Truppen im Bundesgebiet und gesamtdeutsche Fragen.

169 22.10. Ressortbesprechung S. 555

In der Ressortbesprechung steht die Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Kommissar, Rat und Versammlung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Mittelpunkt.

170 24.10. Besprechung mit Vertretern der Alliierten Hohen Kommission S. 564

Erörtert werden Fragen im Zusammenhang mit den Vorbehaltsrechten der Drei Mächte für Berlin und mit dem Schutz der alliierten Truppen in der Bundesrepublik.

171 24.10. Gespräch des Bundesministers Erhard mit den Hohen Kommissaren François-Poncet, Kirkpatrick und McCloy S. 571

Behandelt werden der Berlin-Verkehr und das Interzonenhandelsabkommen vom 20. September 1951.

172 26.10. Ministerialdirektor Blankenhorn an den Vorsitzenden der europäischen Sektion des World Jewish Congress, Barou S. 575

Blankenhorn regt vertrauliche Vorgespräche an, um möglichst bald Verhandlungen über Umfang und Modalitäten von Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik aufnehmen zu können.

173 30.10. Besprechung mit Vertretern der Alliierten Hohen Kommission S. 577

In der ersten Besprechung des Unterausschusses für den Truppenvertrag wird der Vertragsentwurf der Drei Mächte erörtert.

174 01.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Hallstein S. 581

Erläutert werden einzelne Artikel für einen Generalvertrag und dabei die Fassung der Bundesregierung und diejenige der Drei Mächte gegenübergestellt.

175 02.11. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Salat S. 584

Salat regt an, Planstellen für Kulturreferenten an den Auslandsvertretungen zu schaffen.

176 05.11. Ressortbesprechung S. 586

Im Hinblick auf die Europäische Verteidigungsgemeinschaft werden die Kompetenzen des Ministerrats gegenüber dem Verteidigungskommissar, die Organisation des Verteidigungskommissariats, Abstimmungsmodalitäten im Ministerrat und der Verwaltungsaufbau erörtert.

177 05.11. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem italienischen Botschafter Babuscio Rizzo S. 593

Themen sind die Zusage des Ministerpräsidenten de Gasperi zu einem Besuch in der Bundesrepublik, die Einsetzung einer UN-Kommission zur Prüfung der Voraussetzungen für freie gesamtdeutsche Wahlen sowie die Verhandlungen mit der AHK über die Ablösung des Besatzungsstatuts.

178 06.11. Ressortbesprechung S. 596

Auf Bitte der UNESCO wird beschlossen, zwei Delegierte zu einer Besprechung über die Errichtung eines europäischen Laboratoriums für Kernphysik zu entsenden.

179 07.11. Ministerialdirektor Blankenhorn, z.Z. Paris, an Bundeskanzler Adenauer S. 598

Blankenhorn informiert über ein Gespräch mit dem ehemaligen Kabinettsdirektor des französischen Außenministers, Clappier, zur französischen Europa- und Deutschlandpolitik sowie zum Beginn der Sitzungsperiode der UN-Generalversammlung in Paris.

180 07.11. Aufzeichnung des Gesandten a.D. Kroll, Bundesministerium für Wirtschaft S. 601

Kroll faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer und des Bundesministers Erhard mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy über den Berlin-Verkehr und das Interzonenhandelsabkommen vom 20. September 1951 zusammen.

181 08.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blankenhorn, z.Z. Paris S. 603

Blankenhorn informiert über eine Unterredung mit dem Generalkommissar des französischen Planungsamts, Monnet. Im Mittelpunkt stand die französische Europa- und Deutschlandpolitik.

182 10.11. Runderlaß des Staatssekretärs Hallstein (Entwurf) S. 607

Hallstein legt Aufgabenbereich und Modalitäten der Berichterstattung der Auslandsvertretungen fest.

183 12.11. Staatssekretär Hallstein an die Delegation bei der Konferenz für die Organisation einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Paris S. 608

Hallstein erteilt Weisungen zur Organisation des Kommissariats, zu den Befugnissen des Ministerrats sowie zur territorialen Organisation einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

184 12.11. Ministerialdirektor Blankenhorn, z. Z. Paris, an Bundeskanzler Adenauer S. 610

Blankenhorn berichtet über Gespräche mit dem Generalkommissar des französischen Planungsamts, Monnet, und mit dem Kabinettsdirektor des französischen Außenministers, Bourbon-Bousset. Hauptthemen waren die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und der bevorstehende Besuch des Bundeskanzlers Adenauer in Paris.

185 13.11. Aufzeichnung des Generalleutnants a. D. Speidel, Paris S. 613

Speidel erläutert dem französischen Vertreter im Ausschuß der militärischen Chefdelegierten der Konferenz für die Organisation einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, General de Larminat, Vorschläge zur Aufstellung von Streitkräften und zur territorialen Organisation einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

186 13.11. Ministerialdirektor Blankenhorn, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt S. 616

Blankenhorn berichtet, daß die UN-Generalversammlung die Einsetzung einer Kommission auf ihre Tagesordnung gesetzt habe, welche die Voraussetzungen für freie gesamtdeutsche Wahlen prüfen soll.

187 15.11. Ministerialdirektor Blankenhorn, z. Z. Paris, an Bundeskanzler Adenauer S. 618

Blankenhorn informiert über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Byroade. Thema waren die verschiedenen Positionen zur Wiedervereinigung Deutschlands unter Einbeziehung der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie.

188 16.11. Außenministerkonferenz in Paris S. 620

Erörtert werden die vom belgischen Außenminister van Zeeland vorgetragenen Bedenken gegen den supranationalen Charakter einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

189 17.11. Aufzeichnung des Leiters der Delegation für die Ablösung des Besatzungsstatuts, Grewe S. 624

Grewe analysiert die Positionen der Vier Mächte zur Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937.

190 22.11. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem britischen Außenminister Eden in Paris S. 628

Im Mittelpunkt stehen die UN-Kommission zur Prüfung der Voraussetzungen für freie gesamtdeutsche Wahlen, die Beschränkung der Rüstungsproduktion und der Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik.

191 22.11. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem französischen Verteidigungsminister Bidault in Paris S. 630

Hauptthemen sind die Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts und der geplante Besuch des Generals de Gaulle in Aachen.

192 22.11. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit den Außenministern Acheson, Eden und Schuman in Paris S. 632

Im Anschluß an Ausführungen des Bundeskanzlers Adenauer zur innenpolitischen Lage der Bundesrepublik billigen die Außenminister den Entwurf des Generalvertrags zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten.

193 22.11. Generalvertrag (Entwurf) S. 637

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten werden neu geregelt.

194 28.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blankenhorn S. 642

Blankenhorn faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy über die NATO-Ministerratstagung in Rom und die innenpolitische Lage in Frankreich zusammen.

195 30.11. Botschafter Clemens von Brentano, Rom, an das Auswärtige Amt S. 644

Brentano berichtet von einem Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im italienischen Außenministerium, Taviani, über die NATO-Ministerratstagung in Rom.

196 04.12. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Premierminister Churchill in London S. 646

Im Mittelpunkt stehen Probleme der europäischen Einigung, die Politik gegenüber der UdSSR, die Freilassung der wegen Kriegsverbrechen von britischen Militärgerichten verurteilten Deutschen sowie die innenpolitische Lage der Bundesrepublik.

197 04.12. Botschafter Oellers, Rio de Janeiro, an das Auswärtige Amt S. 651

Oellers unterbreitet Vorschläge zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Auslandsvertretungen der Bundesrepublik in den lateinamerikanischen Staaten.

198 05.12. Gespräch des Leiters der Delegation für Auslandsschulden, Abs, mit den Delegationsleitern Gregh, Pierson und Rendel in London S. 653

Im Mittelpunkt steht die Regelung der deutschen Nachkriegsschulden.

199 05.12. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem britischen Versorgungsminister Sandys in London S. 658

Sandys bittet Adenauer um eine Lieferzusage für 100 000 t Eisen- und 150 000 t Stahlerzeugnisse.

200 05.12. Referent Böker, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt S. 659

Böker informiert über den Beschluß des Politischen ad hoc-Ausschusses der UN-Generalversammlung, Vertreter der Bundesrepublik und von Berlin (West) sowie der DDR und von Ost-Berlin über die Einsetzung einer UN-Kommission anzuhören, welche die Voraussetzungen für freie gesamtdeutsche Wahlen prüfen soll.

201 10.12. Hauserlaß des Staatssekretärs Hallstein S. 665

Hallstein weist die Abteilungsleiter des Auswärtigen Amts an, die Auslandsvertretungen regelmäßig über die Politik der Bundesregierung mittels Informationserlassen zu unterrichten.

202 13.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blankenhorn S. 666

Blankenhorn erläutert dem schwedischen Gesandten Kumlin Einwände gegen den Vorschlag, die Vier Mächte über die Voraussetzungen und Bedingungen für die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen beraten zu lassen.

203 14.12. Aufzeichnung des Generalleutnants a. D. Speidel, Paris S. 668

Speidel hält eine Erklärung zur territorialen Organisation einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft fest, die er gegenüber General de Larminat vor der Sitzung des Ausschusses der militärischen Chefdelegierten der Konferenz für die Organisation einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft abgab.

204 14.12. Ministerialdirektor Blankenhorn an Generalkonsul I. Klasse Krekeler, Washington S. 670

Blankenhorn informiert über die Ergebnisse der Unterredung des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Vorsitzenden des World Jewish Congress, Goldmann, am 6. Dezember 1951 in London zur Wiedergutmachung.

205 17.12. Aufzeichnung des Staatssekretärs Hallstein S. 672

Hallstein faßt die Ergebnisse der Außenministerkonferenz in Straßburg über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft zusammen.

206 17.12. Besprechung mit Vertretern der Alliierten Hohen Kommission S. 675

Im Mittelpunkt stehen die Verhandlungen über die Einsetzung eines Schiedsgerichts, über die Entflechtung der Montan- sowie der chemischen Industrie, über das geplante Kartellgesetz und über den Truppenvertrag.

207 18.12. Referent Böker, z. Z. Paris, an Ministerialdirektor Blankenhorn S. 683

Böker berichtet von einem Gespräch mit dem amerikanischen Vertreter im Politischen ad hoc-Ausschuß der UN-Generalversammlung, Cooper, über die Einsetzung einer Kommission, welche die Voraussetzungen für freie gesamtdeutsche Wahlen prüfen soll.

208 19.12. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy S. 685

Erörtert werden ein finanzieller Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik, eine mögliche Auflösung der Dienstgruppen, die Einsetzung einer Gnadenkommission für die wegen Kriegsverbrechen von alliierten Militärgerichten verurteilten Deutschen sowie Beschränkungen der Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik.

209 19.12. Rundschreiben des Staatssekretärs Hallstein S. 688

Hallstein faßt für das Kabinett die Verhandlungen mit den Drei Mächten über die Zusatzabkommen zum Generalvertrag zusammen.

210 19.12. Aufzeichnung des Leiters der Delegation für Auslandsschulden, Abs S. 696

Abs resümiert die Besprechungen mit den Drei Mächten vom 26. November bis 10. Dezember 1951 in London über die deutschen Nachkriegsschulden.

211 20.12. Generalkonsul I. Klasse Krekeler, Washington, an Staatssekretär Hallstein S. 705

Krekeler berichtet von Ausführungen des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Byroade, über die UN-Kommission, welche die Voraussetzungen für freie gesamtdeutsche Wahlen prüfen soll.

212 21.12. Besprechung mit Vertretern der Alliierten Hohen Kommission S. 706

Bundesminister Schäffer erörtert mit Vertretern der AHK die Höhe und das Berechnungsverfahren für einen finanziellen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik.

213 23.12. Professor Heisenberg an Staatssekretär Hallstein S. 715

Heisenberg berichtet über die UNESCO-Konferenz in Paris. Thema war die Errichtung eines europäischen Laboratoriums für Kernphysik.

214 27.12. Außenministerkonferenz in Paris S. 718

Die Außenminister beraten über Übergangsbestimmungen und Kompetenzen der einzelnen Organe einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

215 28.12. Ministerkonferenz in Paris S. 727

Die Außen- und Finanzminister erörtern haushaltsrechtliche Fragen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

216 30.12. Ministerkonferenz in Paris S. 735

Die Ministerkonferenz über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft befaßt sich mit dem Bericht der Finanzminister über Budget-Fragen und mit dem Schlußkommuniqué.

Literaturverzeichnis

AAPD 1949/50	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. Jahresband 1949/50, München 1997.
AAPD, Hohe Kommissare 1949–1951	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Band 1: Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, hrsg. von Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Reiner Pommerin, München 1989.
AAPD, Hohe Kommissare 1952	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Band 2: Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, hrsg. von Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Reiner Pommerin, München 1990.
ABS, Entscheidungen	Hermann J. Abs, Entscheidungen 1949–1953. Die Entstehung des Londoner Schuldenabkommens, 2. Auflage, Mainz 1991.
ADENAUER, Briefe 1949–1951	Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe: Briefe 1949–1951, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1985.
ADENAUER, Briefe 1951–1953	Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe: Briefe 1951–1953, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1987.
ADENAUER, Erinnerungen 1945–1953	Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965.
ADENAUER, Erinnerungen 1953–1955	Konrad Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966.
ADENAUER, Teegespräche 1950–1954	Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe: Teegespräche 1950–1954, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1984.
ADENAUER ZUR POLITISCHEN LAGE 1946–1949	Hanns Jürgen Küsters und Hans Peter Mensing, Konrad Adenauer zur politischen Lage 1946–1949. Aus den Berichten des schweizerischen Generalkonsuls in Köln Franz Rudolf v. Weiss. Dokumentation, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 32 (1984), S. 289–317.
AdG 1951	Keesing's Archiv der Gegenwart. Jahrgang 21, 1951, zusammengestellt von Heinrich von Siegler, Wien [o.J.].
AMTSBLATT DER AHK	Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission in Deutschland. Nr. 1–72 [o.O.] 1949–1951.

AMTSBLATT DER MILITÄRREGIERUNG DEUTSCHLAND (Amerikanisches Kontrollgebiet)	Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Amerikanisches Kontrollgebiet. Ausgabe A–O, hrsg. vom Office of Military Government for Germany (U.S.), [Frankfurt/Main] 1946–1949.
AMTSBLATT DER MILITÄRREGIERUNG DEUTSCHLAND (Britisches Kontrollgebiet)	Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Nr. 1–3: Kontrollgebiet der 21. Armeegruppe; Nr. 4–28: Britisches Kontrollgebiet; Nr. 29–36: Amtsblatt der Kontrollkommission – Deutschland (Britische Zone), [1945–1949].
AMTSBLATT DES FRANZÖSISCHEN OBERKOMMANDOS IN DEUTSCHLAND	Amtsblatt des französischen Oberkommandos in Deutschland. Nr. 1–305, [1945–1949].
AMTSBLATT DES KONTROLLRATS	Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, hrsg. vom Alliierten Sekretariat. Nr. 1–19, Berlin 1945–1948; Ergänzungsblatt Nr. 1, Berlin 1946.
AMTSBLATT DES SAARLANDES	Amtsblatt des Saarlandes 1947–1951, hrsg. vom Informationsamt der Regierung des Saarlandes, Saarbrücken 1947–1951.
L'ANNÉE POLITIQUE 1951	L'Année Politique 1951. Revue chronologique des principaux faits politiques, économiques et sociaux de la France et de l'Union française du 1er Janvier 1951 au 1er Janvier 1952, Paris [1952].
AUSSENPOLITIK DER DDR I	Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Band I: Von der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 bis zur Souveränitätserklärung am 25. März 1954, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin [Ost] 1954.
AUSWÄRTIGER AUSSCHUSS	Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1949–1953. 1. Halbband: Oktober 1949 bis Mai 1952, bearbeitet von Wolfgang Hölscher, Düsseldorf 1998.
BDFD I	Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Dokumente 1949 bis 1963. Band 1: Außenpolitik und Diplomatie, hrsg. von Horst Möller und Klaus Hildebrand, bearbeitet von Ulrich Lappenküper, München 1997.
BDFD II	Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949 bis 1963. Band 2: Wirtschaft, hrsg. von Horst Möller und Klaus Hildebrand, bearbeitet von Andreas Wilkens, München 1997.
BEENDIGUNG DES KRIEGSZUSTANDS	Die Beendigung des Kriegszustands mit Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, bearbeitet von Hermann Mosler und Karl Doehring, Köln/Berlin 1963.

BEMÜHUNGEN	Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten. I. Teil: Oktober 1949–Oktober 1953, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 4. erweiterte Auflage, Bonn 1958.
BÉRARD, Ambassadeur	Armand Bérard, Un Ambassadeur se souvient. Band 2: Washington et Bonn 1945–1955, Paris 1978.
BERLIN 1945–1951	Berlin. Quellen und Dokumente 1945–1951, hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin, bearbeitet durch Hans J. Reichhardt, Hanns U. Treutler und Albrecht Lampe, 2 Halbbände, Berlin 1964.
BERLIN 1951–1954	Berlin. Chronik der Jahre 1951–1954, hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin, bearbeitet durch Hans J. Reichhardt, Joachim Drogmann und Hanns U. Treutler, Berlin 1968.
BLANKENHORN, Verständnis	Herbert Blankenhorn, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1980.
BR DRUCKSACHEN	Deutscher Bundesrat. Drucksachen, Bonn 1949 ff.
BR SITZUNGSBERICHTE	Deutscher Bundesrat. Sitzungsberichte, Bonn 1949 ff.
BT ANLAGEN	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1949 ff.
BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1949 ff.
BUNDESANZEIGER	Bundesanzeiger (bis August 1950: Bundesanzeiger und Öffentlicher Anzeiger für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet. Bekanntmachungsorgan für das französische Besatzungsgebiet. Verkündungsorgan für die Verlautbarungen des Einfuhrausschusses), hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
BUNDESARBEITSBLATT 1951	Bundesarbeitsblatt, hrsg. vom Bundesminister für Arbeit. Jahrgang 1951, Stuttgart 1951.
BUNDESGESETZBLATT	Bundesgesetzblatt, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Köln 1949 ff.
CDU-BUNDESVORSTAND	Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden." Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, bearbeitet von Günter Buchstab, Stuttgart 1986.

CDU/CSU-Fraktion	Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 1949–1966. 1. Halbband: Sitzungsprotokolle 1949–1953, bearbeitet von Helge Heidemeyer, Düsseldorf 1998.
Charter of the United Nations	Charter of the United Nations. Commentary and Documents, hrsg. von Leland M. Goodrich, Edvard Hambro und Anne Patricia Simons, 3. überarbeitete Auflage, New York/London 1969.
DBPO II	Documents on British Policy Overseas. Series II. Band 1: The Schumann Plan, the Council of Europe and Western European Integration, May 1950–December 1952; Band 3: German Rearmament, September–December 1950, hrsg. von Roger Bullen und M. E. Pelly unter Mitarbeit von H. J. Yasamee und G. Bennett, London 1986–1989.
Department of State Bulletin	The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy, Washington D. C. 1939 ff.
Deutsche Auslandsschulden	Deutsche Auslandsschulden. Dokumente zu den internationalen Verhandlungen, Oktober 1950 bis Juli 1951, hrsg. vom Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Wirtschaft und dem Bundesministerium für den Marshallplan, Hameln [1951].
Deutsche Auslandsschulden, Englisches Sonderheft	Deutsche Auslandsschulden. Dokumente zu den internationalen Verhandlungen, Oktober 1950 bis Juli 1951. Englisches Sonderheft, hrsg. vom Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Wirtschaft und dem Bundesministerium für den Marshallplan, Hameln [1951].
Deutsche Auslandsschulden, Französisches Sonderheft	Deutsche Auslandsschulden. Dokumente zu den internationalen Verhandlungen, Oktober 1950 bis Juli 1951. Französisches Sonderheft, hrsg. vom Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Wirtschaft und dem Bundesministerium für den Marshallplan, Hameln [1951].
Deutsches Vermögen im Ausland	Deutsches Vermögen im Ausland. Internationale Vereinbarungen und ausländische Gesetzgebung. Mit Unterstützung des Bundesministeriums der Finanzen, des Bundesministeriums für Wirtschaft, des Bundesministeriums für den Marshallplan und der Bank deutscher Länder hrsg. vom Bundesministerium der Justiz, bearbeitet von Otto Böhmer, Konrad Duden und Hermann Jansen, Köln 1951.
Deutsch-Israelischer Dialog	Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, hrsg. von Rolf Vogel, Teil I: Politik. Band 1, München/New York/London/Paris 1987.

DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND	Dokumente des geteilten Deutschland. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Band 1, hrsg. von Ingo von Münch, 2. Auflage, Stuttgart 1976.
DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE	Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1966, hrsg. vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin, 3. durchgesehene und erweiterte Auflage, München 1967.
DzD II/1	Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 1: Die Konferenz von Potsdam, 3 Teilbände, hrsg. vom Bundesminister des Innern, bearbeitet von Gisela Biewer, Neuwied/Frankfurt am Main 1992.
DzD II/2	Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 2: Die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 7. September bis 31. Dezember 1949, hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters unter Mitarbeit von Daniel Hoffmann, München 1996.
DzD II/3	Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 3: 1. Januar bis 31. Dezember 1950, hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters, Daniel Hoffmann und Carsten Tessmer, München 1997.
EUROPA-ARCHIV	Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Frankfurt am Main 1946 ff.
EVG UND POLITISCHE FÖDERATION	Walter Lipgens, EVG und Politische Föderation. Protokolle der Konferenz der an den Verhandlungen über eine europäische Verteidigungsgemeinschaft beteiligten Länder am 11. Dezember 1951. Dokumentation, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 32 (1984), S. 637–688.
FRUS 1943	Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers, 1943. Band I: General, Washington D.C. 1963.
FRUS 1948	Foreign Relations of the United States, 1948. Band II: Germany and Austria, Washington D.C. 1973.
FRUS 1949	Foreign Relations of the United States, 1949. Band III: Council of Foreign Ministers; Germany and Austria, Washington D.C. 1974.

FRUS 1950	Foreign Relations of the United States, 1950. Band III: Western Europe, Washington D.C. 1977; Band IV: Central and Eastern Europe; The Soviet Union, Washington D.C. 1980.
FRUS 1951	Foreign Relations of the United States, 1951. Band I: National Security Affairs; Foreign Economic Policy; Band III: European Security and the German Question, 2 Teilbände; Band IV: Europe: Political and Economic Developments, 2 Teilbände; Band VI: Asia and the Pacific, Washington D.C. 1977–1985.
FRUS, The Conference at Malta and Yalta 1945	Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conference at Malta and Yalta 1945, Washington D.C. 1955.
GERMANY 1947–1949	Germany 1947–1949. The Story in Documents, hrsg. vom Department of State, Washington D.C. 1950.
GESETZBLATT DER DDR	Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1949 ff.
GESETZBLATT DER VERWALTUNG DES VEREINIGTEN WIRTSCHAFTSGEBIETES 1947–49	Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947–49, hrsg. vom Büro des Wirtschaftsrates, Frankfurt am Main [o.J.].
GOLDMANN, Staatsmann	Nahum Goldmann, Staatsmann ohne Staat. Autobiographie, Köln/Berlin 1970.
GREWE, Rückblenden	Wilhelm G. Grewe, Rückblenden 1976–1951, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1979.
HANSARD	Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Bände 443–455 (Session 1947–48), London 1947 ff.; Bände 480–492 (Session 1950–1951), London 1950/51.
HEUSS–ADENAUER, Briefwechsel	Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe: Heuss–Adenauer. Unserem Vaterland zugute. Der Briefwechsel 1948–1963, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1989.
JOURNAL OFFICIEL, ASSEMBLÉE NATIONALE	Journal Officiel de la République Française. Débats Parlementaires. Assemblée Nationale. Compte rendue in extenso des séances. Questions écrites et réponses des Ministres à ces questions, Paris 1950/51.
JOURNAL OFFICIEL, CONSEIL DE LA RÉPUBLIQUE 1951	Journal Officiel de la République Française. Débats Parlementaires. Conseil de la République. Compte rendue in extenso des séances. Questions écrites et réponses des Ministres à ces questions, Paris 1951.

JOURNAL OFFICIEL, LOIS ET DÉCRETS 1948	Journal Officiel de la République Française. Lois et décrets, arrêtés, circulaires, avis, communications, informations et annonces. Jahrgang 1948, Paris 1948.
KABINETTSPROTOKOLLE	Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das Bundesarchiv von Hans Booms. Band 1: 1949, bearbeitet von Ulrich Enders und Konrad Reiser; Band 2: 1950, bearbeitet von Ulrich Enders und Konrad Kaiser; Band 3: 1950 Wortprotokolle, bearbeitet von Ulrich Enders und Konrad Kaiser; Band 4: 1951, bearbeitet von Ursula Hüllbusch; Band 5: 1952, bearbeitet von Kai von Jena, Boppard am Rhein 1982–1989.
KAISER, Brücke	Jakob Kaiser. Wir haben Brücke zu sein. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik, hrsg. von Christian Hacke, Köln 1988.
LANDSBERG	Landsberg. Ein dokumentarischer Bericht, hrsg. vom Information Services Division Office of the U.S. High Commissioner for Germany, München 1951.
LENZ, Zentrum	Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953, bearbeitet von Klaus Gotto, Hans-Otto Kleinmann und Reinhard Schreiner, Düsseldorf 1989.
MCCLOY	John J. McCloy. An American Architect of Postwar Germany. Profiles of a Transatlantic Leader and Communicator, hrsg. von Erika J. Fischer und Heinz-D. Fischer, Frankfurt am Main 1995.
MONTANMITBESTIMMUNG	Montanmitbestimmung. Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951, bearbeitet von Gabriele Müller-List, Düsseldorf 1984.
NEUORDNUNG	Die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Ein Bericht der Stahltreuhändervereinigung, München/Berlin 1954.
PUBLIC PAPERS, TRUMAN 1945	Public Papers of the Presidents of the United States. Harry S. Truman. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President, April 12 to December 31, 1945, Washington D.C. 1961.

PUBLIC PAPERS, TRUMAN 1950	Public Papers of the Presidents of the United States. Harry S. Truman. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President, January 1 to December 31, 1950, Washington D.C. 1965.
PUBLIC PAPERS, TRUMAN 1951	Public Papers of the Presidents of the United States. Harry S. Truman. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President, January 1 to December 31, 1951, Washington D.C. 1965.
LES RAPPORTS MENSUELS	Les Rapports Mensuels d'André François-Poncet, Haut-Commissaire français en Allemagne 1949–1955, bearbeitet von Hans Manfred Bock, 2 Bände, Paris 1996.
REICHSGESETZBLATT	Reichsgesetzblatt, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1919–1945.
REUTER, Schriften–Reden	Ernst Reuter, Schriften–Reden. Band 4: Reden–Artikel–Briefe 1949 bis 1953, bearbeitet von Hans J. Reichhardt, Berlin 1976.
SAARPOLITIK	Robert H. Schmidt, Saarpolitik 1945–1957. 2. Band: Entfaltung der Saarpolitik zwischen „Wirtschaftsanschluß" und „Europäisierung" 1945–1953, Berlin 1960.
SCHUMACHER, Reden	Kurt Schumacher. Reden–Schriften–Korrespondenzen 1945–1952, hrsg. von Willy Albrecht, Berlin/Bonn 1985.
SPEIDEL, Erinnerungen	Hans Speidel, Aus unserer Zeit. Erinnerungen, 2. Auflage, Berlin/Frankfurt am Main/Wien 1977.
STAATSVERTRAG	Gerald Stourzh, Geschichte des Staatsvertrages 1945–1955. Österreichs Weg zur Neutralität, 3. überarbeitete Auflage, Graz/Wien/Köln 1993.
TEHERAN–JALTA–POTSDAM	Teheran–Jalta–Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei", hrsg. und eingeleitet von Alexander Fischer, 3. Auflage, Köln 1985.
TRUMAN, Memoirs	Harry S. Truman. Memoirs. Band 2: Years of Trial and Hope, Garden City, N.Y. 1956.
UN GENERAL ASSEMBLY, OFFICIAL RECORDS, AD HOC POLITICAL COMMITTEE, 1951–52	United Nations. Official Records of the General Assembly. Sixth Session. Ad Hoc Political Committee, Summary Records of Meetings, 19 November to 31 January, 1951–52, Paris.
UN GENERAL ASSEMBLY, OFFICIAL RECORDS, SIXTH SESSION ANNEXES, Agenda Item 65	United Nations. Official Records of the General Assembly. Sixth Session Annexes, Palais de Chaillot, Paris, 1951–52.

UN GENERAL ASSEMBLY, OFFICIAL RECORDS, PLENARY MEETINGS 1951–52	United Nations. Official Records of the General Assembly, Sixth Session. Plenary Meetings, Verbatim Records of Meetings 6 November to 5 February, 1951–1952, Paris.
UN RESOLUTIONS I	United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich, New York 1972 ff.
UN RESOLUTIONS II	United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, hrsg. von Dusan J. Djonovich, New York 1988 ff.
UNITED STATES. STATUTES AT LARGE 1948	United States. Statutes at Large Containing the Laws and Concurrent Resolutions Enacted during the Second Session of the Eighteeth Congress of the United States of America 1948 and Proclamations, Treaties, and International Agreements other than Treaties. Band 62 in 3 Teilbänden, Washington D. C. 1949.
UNTS	United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, [New York] 1946 ff.
YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS	Yearbook of the United Nations 1946/47, 1948/49, 1950 und 1951, hrsg. vom Department of Public Information United Nations, New York 1948–1952.

Abkürzungsverzeichnis

Abg.	Abgeordnete/Abgeordneter
Abt.	Abteilung
a. D.	außer Dienst
AGSEC	Allied General Secretariat
AHK	Alliierte Hohe Kommission
Ber. Nr.	Bericht-Nummer
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
Bibl.	Bibliothek
BND	Bundesnachrichtendienst
BSt	Besatzungsstatut
BT	Bundestag
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
ČSR	Československá Republika
CSU	Christlich-Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Del.	Delegation
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DKBL	Deutsche Kohlenbergbau-Leitung
DKV	Deutsche Kohle-Verkaufsorganisation
DP	Deutsche Partei
DPA	Deutsche Presseagentur
DPS	Demokratische Partei Saar
ECA	Economic Cooperation Administration
ECE	Economic Commission for Europe
ECOSOC	Economic and Social Council
EDC	European Defense Community
EEC	European Economic Community
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EPU	European Payments Union
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
GARIOA	Government and Relief in Occupied Areas
Geh./geh.	Geheim/geheim
GG	Grundgesetz
HaPol	Handelspolitische Abteilung
HICOG	United States High Commissioner for Germany
HICOM	United States High Commission for Germany
IBFG	Internationaler Bund Freier Gewerkschaften
ICAO	International Civil Aviation Organization
ILO	International Labour Organization
IRO	International Refugee Organization
IWF	Internationaler Währungsfonds
JEIA	Joint Export-Import Agency
JRSO	Jewish Restitution Successor Organization
Kontr. Nr.	Kontroll-Nummer

KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Kult.	Kulturabteilung
KZ	Konzentrationslager
LR I	Legationsrat I. Klasse
MB	Ministerbüro
MD	Ministerialdirektor
MdB	Mitglied des Bundestages
MDg	Ministerialdirigent
MEZ	Mitteleuropäische Zeit
Mio.	Million/en
MR	Ministerialrat
Mrd.	Milliarde/n
MRP	Mouvement Républicain Populaire
NATO	North Atlantic Treaty Organization
OEEC	Organisation for European Economic Cooperation
ÖVP	Österreichische Volkspartei
Org.	Organisation
ORR	Oberregierungsrat
OSS	Office of Strategic Services
Prot.	Protokoll
RM	Reichsmark
R.P.F.	Rassemblement du Peuple Français
RR	Regierungsrat
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
SD	Sicherheitsdienst
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRP	Sozialistische Reichspartei
SS	Schutzstaffel
StEG	Staatliche Erfassungs-Gesellschaft für öffentliches Gut
StS	Staatssekretär
TCC	Temporary Council Committee
Tgb. Nr.	Tagebuch-Nummer
TOA	Tarifordnung für Angestellte
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UK	United Kingdom
UN	United Nations
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNO	United Nations Organization
US	United States
USA	United States of America
VLR	Vortragender Legationsrat
VN	Vereinte Nationen
VS	Verschlußsache
WAV	Wirtschaftliche Aufbauvereinigung
WHO	World Health Organization
W. K.	Wehrkreis
z. Wv.	zur Wiederverwendung

Dokumente

1

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy

2. Januar 1951

Kurzprotokoll der Besprechung zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem amerikanischen Hohen Kommissar am 2. Januar 1951 im Deichmannhaus, Bad Godesberg[1]

An der Unterhaltung nahmen auf amerikanischer Seite General Hays, Herr Reber, Herr Bowie und Herr Whitman, auf deutscher Seite Staatssekretär Hallstein und Herr Blankenhorn teil.

McCloy: Man stehe in der Welt vor einer neuen, großen Propagandaaktion der Sowjets. Wenn man auch in den Vereinigten Staaten entschlossen sei, dagegen Widerstand zu leisten, würde im Laufe der kommenden Monate in der amerikanischen Öffentlichkeit, vor allem aber im Kongreß, eine generelle Überprüfung der gesamten amerikanischen Außenpolitik im Zusammenhang mit den notwendigen Geldbewilligungen vorgenommen werden. Um zu vermeiden, daß bei dieser Überprüfung die Elemente an Boden gewännen, die eine Aufgabe der Außenpositionen der Vereinigten Staaten im Fernen Osten und in Mitteleuropa für erforderlich hielten, müßte auch in Deutschland der Geist der Entschlossenheit viel stärker zum Ausdruck kommen, als dies bisher geschehe. Wenn in gewissen Teilen der Welt auf Grund der Vorgänge in Ostasien[2] und der ständig wachsenden russischen Drohung Konfusion eingetreten sei, so dürfte das nicht auch in Deutschland dazu kommen, da dies auf die Dinge in Amerika eine gefährliche Rückwirkung haben könnte. Es komme dabei nicht allein darauf an, daß Regierung und Parteien nicht in zwei Sprachen sprächen, nein, die Bevölkerung der Bundesrepublik im ganzen müßte zu einer energischen Haltung angespornt werden. Denn wenn es überhaupt ein Land gebe, das eine europäische Aufgabe habe, so sei es Deutschland, das über mehr Kraft und mehr Energien verfüge als die anderen europäischen Länder. In diesem Zusammenhang sei von ganz besonderer Bedeutung die Ordnung des deutsch-französischen Verhältnisses und die fortschreitende Integration, wie sie durch den Schuman-Plan[3] erstrebt werde. Dieser Integration könne nicht genug Be-

[1] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy vgl. auch ADENAUER, Erinnerungen 1945–1953, S. 409–413.

[2] Am 25. Juni 1950 überschritten Truppen der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) die Demarkationslinie zur Republik Korea (Südkorea) und eroberten am 28. Juni 1950 die südkoreanische Hauptstadt Seoul. Nachdem Präsident Truman am 27. Juni 1950 die Unterstützung der südkoreanischen Truppen angekündigt und der UN-Sicherheitsrat in Abwesenheit des sowjetischen Ständigen Vertreters bei der UNO, Malik, Hilfeleistungen gebilligt hatte, griffen amerikanische Verbände in die Kampfhandlungen ein. Am 7. Juli 1950 wurden die von den USA und weiteren Staaten gebildeten UN-Truppen amerikanischem Oberbefehl unterstellt. Für den Wortlaut der Erklärung von Truman vgl. PUBLIC PAPERS, TRUMAN 1950, S. 492. Für den Wortlaut der Resolutionen Nr. 83 vom 27. Juni 1950 und Nr. 84 vom 7. Juli 1950 vgl. UN RESOLUTIONS II, Bd. 2, S. 85 f.

[3] Mit Schreiben vom 7. Mai 1950 griff der französische Außenminister Schuman die von Bundeskanzler Adenauer in den Interviews mit dem amerikanischen Journalisten Kingsbury-Smith am 7. und 21. März 1950 angeregte Wirtschaftsunion zwischen Frankreich und der Bundesrepublik auf und schlug vor, „die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohlen- und Stahlproduktion einer ge-

deutung zugemessen werden, denn sie sei das einzige Gegengewicht gegen die Bemühungen der Sowjets, Europa zu sowjetisieren. Er müsse immer wieder mit Nachdruck betonen, daß die amerikanische Hilfe an die freien Nationen Europas ausschließlich davon abhänge, ob sich in Europa der Geist der Entschlossenheit durchsetze oder nicht. Amerika werde in Kürze stark sein und dann in der Lage sein, auch den Beitrag zu liefern, den Europa auf den verschiedenen Gebieten dringend brauche.

Bundeskanzler: Die neue Phase sei – darin stimme er mit Herrn McCloy überein – außerordentlich gefährlich. Die Voraussetzungen, unter denen die Sowjetregierung politisch operiere, hätten sich von Monat zu Monat verbessert. Wie sehe Deutschland die Weltlage? Ein weitgehender Teil der Deutschen stimme nicht mit den Sowjets überein. Die Stimmung sei aber in Westdeutschland sehr gedrückt infolge der unglücklichen Entwicklung in Korea. Das Beispiel von China zeige, daß auch die Satellitenstaaten, heute durch Sowjetrußland modern ausgerüstet, den Frieden bedrohen und militärische Erfolge erzielen können, ohne daß Sowjetrußland selbst einzugreifen braucht.[4] Die Vereinigten Staaten hätten sich dagegen auf die Atomwaffe und die Wirtschaftshilfe verlassen. Gerade Südkorea sei ein Beispiel dafür, daß dies gegen den Kommunismus nicht ausreiche. In Europa seien bis jetzt nennenswerte Kräfte nicht organisiert. Von der französischen Aufrüstung halte die deutsche Bevölkerung nichts. Italien sei ebenso stark kommunistisch infiziert wie Frankreich. Zweifellos stehe ein Teil der deutschen Arbeiterschaft deshalb dem Problem etwas gleichgültig gegenüber, weil sie der falschen Ansicht sei, daß sie unter der Sowjetherrschaft ihr Leben weiterführen könne.

Es sei unerläßlich, daß die amerikanische Kraft sichtbar werde. Nur wenn dies der Fall sei, könne man damit rechnen, daß auch die Deutschen wieder deutlicher ihre Feindschaft gegen Sowjetrußland zeigten. Die Unterzeichnung des Schuman-Plans werde auf alle diese Stimmungsfaktoren keinen großen Einfluß haben. Nach seiner Auffassung brauchten alle Westmächte Zeit, um die Aufrüstung und Konsolidierung durchzuführen.

Die Propaganda der SED sei in letzter Zeit besonders aktiv und erfolgreich. Leider sei die Bundesregierung völlig außerstande, hiergegen mit Erfolg einzuschreiten, da die Polizei ausschließlich Angelegenheit der Länder sei. Was sei denn die Bundesregierung in den Augen der Deutschen? Man müsse sich klar darüber sein, daß sie, da sie über keinerlei Macht verfüge, nicht die Autorität besitze, die sie benötige, um Westdeutschland zu einem wirklichen Faktor in der westeuropäischen Verteidigung zu machen. Was bliebe der Bundesregierung anderes als die Zollkontrolle und die Sorge für die Evakuierten. Der Fehler liege an der zu starken Dezentralisation auf Grund des Grundgesetzes. Er habe mit Freuden festgestellt, daß Herr François-Poncet sich in den letzten Wochen in

Fortsetzung Fußnote von Seite 3

meinschaftlichen hohen Stelle im Rahmen einer Organisation, der die anderen europäischen Länder beitreten können, zu unterstellen". Vgl. ADENAUER, Briefe 1949–1951, S. 509. Vgl. dazu auch AAPD 1949/50, Dok. 57 und Dok. 58.

4 Nach dem Eingreifen von Truppen der Volksrepublik China in den Korea-Krieg seit November 1950 zogen sich die UN-Streitkräfte aus dem Gebiet der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) weitestgehend zurück. Die am Chosion-Stausee am 6. Dezember 1950 eingeschlossenen UN-Verbände erreichten am 11. Dezember 1950 den Brückenkopf bei Hamhung. Am 13. Dezember 1950 wurden die UN-Truppen über See aus dem Brückenkopf evakuiert.

seinen Anschauungen gewandelt habe; denn bei der Unterhaltung über die Frage der Bundespolizei[5] habe er seinen Unwillen über die Sturheit und Rückständigkeit der Länder in Polizeifragen zum Ausdruck gebracht.

Von besonderer Bedeutung sei nun die bevorstehende Vierer-Konferenz[6], auf der in erster Linie das Schicksal Deutschlands behandelt werde. Allen sei die besondere Schwäche der Bundesregierung klar, weil die Bundesrepublik auf dieser Konferenz nicht vertreten sei. Man könne wohl mit einiger Sicherheit behaupten, daß die Westalliierten in der Behandlung des deutschen Problems nicht einig seien. Es sei ihm bekannt, daß es im Quai d'Orsay Strömungen gebe, die sich sehr stark für eine Neutralisierung Westdeutschlands oder Deutschlands überhaupt einsetzen. Die Haltung Englands sei noch nicht bekannt. Aber es sei wohl sicher, daß die Vereinigten Staaten die soeben geschilderte Auffassung des Quai d'Orsay nicht teilten. Deutschland müsse unter allen Umständen seine Souveränität zurückgewinnen, wenn es akzeptieren solle, was die vier Mächte auf der Konferenz beschließen würden. Neutralisierung auf vertraglicher Basis sei nicht durchführbar. Deutschland müsse im Falle, daß der Gedanke der Neutralität sich durchsetzen sollte, soviel Defensivkraft zugestanden werden, daß es seine Neutralität verteidigen könnte. Mit anderen Worten, es müsse über eine Abwehrkraft verfügen, ohne daß diese sich für Angriffszwecke mißbrauchen lassen könnte. Er sei der Auffassung, daß der Bundesregierung die Möglichkeit gegeben werden solle, sich über diese Fragen unmittelbar mit den verschiedenen Westmächten auseinanderzusetzen.

Der Hauptpunkt der Ausführungen des amerikanischen Hohen Kommissars sei wohl die Möglichkeit einer Überprüfung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten durch den Kongreß und die amerikanische öffentliche Meinung. Er habe geglaubt, daß nach den Antworten Trumans und Achesons auf die Erklärungen von Taft und Hoover dieses Problem abgeschlossen sei.[7] Man dürfe nicht

5 Besprechungen des Bundeskanzlers Adenauer mit den Hohen Kommissaren François-Poncet (Frankreich), Kirkpatrick (Großbritannien) und McCloy (USA) über die Frage der Schaffung einer Bundespolizei fanden am 31. August und am 23. September 1950 statt. Für die Gesprächsaufzeichnungen vgl. AAPD, Hohe Kommissare 1949–1951, S. 231–237 und S. 238–246.

6 Am 3. November 1950 übermittelte die UdSSR den Drei Mächten den Vorschlag zur Einberufung einer Außenministerkonferenz der Vier Mächte, „um die Frage der Erfüllung des Potsdamer Abkommens hinsichtlich der Entmilitarisierung Deutschlands zu prüfen". Vgl. EUROPA-ARCHIV 1951, Bd. 1, S. 3711.
In der Antwort vom 22. Dezember 1950 erklärten sich die Drei Mächte zu einer Außenministerkonferenz der Vier Mächte bereit. Sie vertraten jedoch die Ansicht, „daß jede Erörterung sich ebenfalls auf die hauptsächlichen Probleme erstrecken sollte, deren Lösung eine echte und dauerhafte Besserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich sowie die Beseitigung der Ursachen der derzeitigen internationalen Spannung in der ganzen Welt ermöglichen würde". Die Drei Mächte schlugen daher vor, in Besprechungen einzutreten, um „eine für alle Teile annehmbare Grundlage für eine Zusammenkunft der Außenminister der vier Staaten zu finden". Vgl. EUROPA-ARCHIV 1951, Bd. 1, S. 3712.
Am 30. Dezember 1950 akzeptierte die UdSSR den Vorschlag, „eine Vorberatung der Vertreter Frankreichs, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion einzuberufen, um eine Tagesordnung für die Tagung des Außenministerrates auszuarbeiten". Vgl. EUROPA-ARCHIV 1951, Bd. 1, S. 3713.

7 Am 13. November 1950 erklärte der amerikanische Senator Taft auf einer Pressekonferenz, daß der Kongreß eine sorgfältige Überprüfung der Rüstungshilfe für Europa vornehmen müsse, bevor weitere Verpflichtungen eingegangen werden könnten. Vgl. dazu den Artikel „Taft Urges Study before Promising Troops to Europe"; THE NEW YORK TIMES vom 14. November 1950, S. 1.
Am 17. November 1950 nahm der amerikanische Außenminister Acheson zu den Äußerungen des

vergessen, daß wenn Sowjetrußland Europa absorbiere, es über nahezu 2/3 des Rüstungs- und militärischen Potentials der Welt verfüge. Eine von Sowjetrußland derart kontrollierte Welt werde sich eines Tages gegen die Vereinigten Staaten wenden. In Europa werde deshalb auch das Schicksal der Vereinigten Staaten entschieden. Er hoffe, daß die Vereinigten Staaten trotz der eingetretenen „Flauten" ihre aktive Verteidigungspolitik fortsetzten. – Die Annäherung an Frankreich sei wesentlich erschwert durch die innenpolitische Lage dieses Landes. Für Deutschland blieben als einzige Hoffnung die Vereinigten Staaten.

McCloy: Die Regierung der Vereinigten Staaten habe oft daran gedacht, den Marshallplan[8] zu erneuern und ihn gleichzeitig als Zwangsmittel gegen die zögernden westeuropäischen Regierungen zu benutzen. Man könne aber nicht mit Zwang arbeiten wie die Sowjets. Europa müsse selbst seine Kräfte entwickeln. Die Vereinigten Staaten hätten keine Begabung, Zwang auszuüben. Leider sei die in Amerika lange Jahre verbreitete Theorie zusammengebrochen, daß Europa nach wirtschaftlichem Wiederaufbau seinen Widerstandsgeist zurückgewinnen würde.

Bundeskanzler: Der Druck vom Osten habe den Widerstandsgeist gelähmt: Westeuropa sei immer noch ein unter den Folgen der vergangenen Kriege psychologisch schwer leidendes Gebiet.

McCloy: Die führenden Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten seien sich über die in der Zukunft drohende Gefahr durchaus klar. Aber die Äußerungen von Truman und Acheson seien nicht ausreichend, um die Fragen zu lösen. Der Kongreß müsse den amerikanischen Beitrag zur Verteidigung der westlichen Welt diskutieren, und er hoffe, daß die internationale Verantwortung letztlich auch vom Kongreß anerkannt werde. Aber hierzu sei notwendig, daß von Europa Zeichen gegeben würden. Jede Rede vom Bundeskanzler oder von Herrn Schumacher würde mit größter Aufmerksamkeit beachtet. Die amerikanische öffentliche Meinung registriere die kommunistische Propaganda ebenso wie die kritische

Fortsetzung Fußnote von Seite 5

Senators Stellung. Er hob hervor, daß die USA keine Führungsrolle übernehmen könnten, wenn sie die Grundlagen ihrer Politik andauernd überprüfen würden. Vgl. dazu den Artikel „Acheson in Answer to Taft Ridicules the ‚Re-Examinists'"; THE NEW YORK TIMES vom 18. November 1950, S. 1.
Am 20. Dezember 1950 unterbreitete der ehemalige Präsident Hoover in einer Rundfunkansprache den Vorschlag, die USA sollten solange aufhören, Soldaten und Waffen nach Westeuropa zu entsenden, bis die westeuropäischen Staaten selbst eine genügend große Armee geschaffen hätten. Für den Wortlaut vgl. THE NEW YORK TIMES vom 21. Dezember 1950, S. 4.
Am 22. Dezember 1950 erklärte Acheson auf einer Pressekonferenz, daß die Sicherheit eines jeden Mitglieds der atlantischen Gemeinschaft mit der Sicherheit aller zusammenhänge. Eine isolationistische Politik der USA komme nicht in Frage, weil die UdSSR dann Europa und Asien schnell erobern und damit einen strategischen und wirtschaftlichen Vorteil erlangen könne, der sich für die USA katastrophal auswirken müsse. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 24/1, 1951, S. 1–6.
Am 28. Dezember 1950 warf Präsident Truman auf einer Pressekonferenz Hoover vor, eine isolationistische Politik betreiben zu wollen. Truman versicherte, daß die USA nicht zum Isolationismus zurückkehren würden. Vgl. dazu den Artikel „Hoover Stand Isolationism, Truman Finds, Denouncing It"; THE NEW YORK TIMES vom 29. Dezember 1950, S. 1.

8 Das nach dem amerikanischen Außenminister Marshall benannte „European Recovery Program" (ERP) ging auf das Auslandshilfegesetz der USA vom 3. April 1948 zurück und sollte den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft unterstützen. Bis zum Auslaufen der Hilfe 1952 flossen ca. 13 Mrd. Dollar nach Westeuropa. Für den Wortlaut des „Foreign Assistance Act of 1948" vgl. UNITED STATES STATUTES AT LARGE 1948, Bd. 62, Teil I, S. 137–159. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1948, S. 1385–1394.

Haltung der Westeuropäer hinsichtlich der amerikanischen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Maßnahmen. Korea werde allgemein Deutschland gleichgestellt, und der Durchschnittsamerikaner stelle sich die Frage: Sollen wir unsere boys nach Deutschland schicken, wenn Deutschland oder Westeuropa sich lediglich auf Kritik beschränkt und keine Bereitschaft zeigt, positiv an der Verteidigung der Welt mitzuwirken?

Bundeskanzler: Er verstehe durchaus diese Tendenz, deshalb sei er auch persönlich so verstimmt über die Haltung eines Dibelius oder eines Heinemann.[9] Er trage sich mit dem Gedanken, eine Anzahl von Evakuierten und Gefangenen aus der Ostzone in Versammlungen überall im Land sprechen zu lassen, um die deutsche Bevölkerung einmal über das wahre Gesicht der Sowjetrussen aufzuklären. Die Kommunisten verfügten über unbeschränkte Geldmittel. Die Bundesregierung sei leider nicht in der Lage, die sich auf etwa zwei Millionen DM belaufenden Kosten einer solchen Propagandaaktion zu tragen.

McCloy: Eine solche Propagandaaktion sei zweifellos außerordentlich nützlich. Es sei aber keine Zeit zu verlieren; Anstrengungen müßten in den nächsten drei Monaten erfolgen, damit die deutsche öffentliche Meinung sich konkretisiere. Im übrigen werde er überlegen, ob er aus Counterpart Funds[10] oder darüber hinaus Mittel zur Verfügung stellen könnte. Denn nach seiner Auffassung hätten die Sowjets geradezu ein Monopol, dem man etwas Gleichwertiges entgegen-

9 Am 18. September 1950 notierte Bundeskanzler Adenauer, Bundesminister Heinemann habe ihm am 11. September 1950 erklärt: „Gott habe uns zweimal die Waffen aus der Hand genommen. Wir dürften sie nicht ein drittes Mal in die Hand nehmen. Wir müßten Geduld haben und warten. In einem Jahr oder eineinhalb Jahren würden wir dann die Früchte dieses geduldigen Abwartens ernten." Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 3 (1950 II), S. 124 f.
Zu den Äußerungen von Heinemann gegenüber dem Bundeskanzler vgl. auch das Gespräch zwischen Adenauer und dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy vom 24. September 1950; AAPD 1949/50, Dok. 125.
Am 27. Oktober 1950 veröffentlichte der Präsident des Rates der Evangelischen Kirche und Bischof von Berlin und Brandenburg, Dibelius, in der Berliner Wochenzeitung „Die Kirche" einen Artikel, in dem er sich zur Frage einer Aufstellung von Polizei- und Streitkräften in der Bundesrepublik äußerte. Darin wurde unter Bezugnahme auf die Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche anläßlich des evangelischen Kirchentages in Essen vom 23. bis 27. August 1950 betont, „daß der westdeutsche Bundesstaat einer ausreichenden zentral geleiteten Polizeimacht bedarf, um dem von Osten her in aller Form proklamierten Widerstand gegen die Staatsgewalt zu begegnen". Zugleich bekräftigte Dibelius jedoch, „daß wir als Kirche jeglicher Remilitarisierung feind sind, im Westen und im Osten". Vgl. KIRCHLICHES JAHRBUCH FÜR DIE EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND 1950, hrsg. von Joachim Beckmann, Gütersloh 1951, S. 211.

10 Die amerikanische Wirtschaftshilfe im Rahmen von GARIOA (Government Aid and Relief in Occupied Areas) und im Rahmen des Marshall-Plans ermöglichte es, lebensnotwendige Rohstoffe, Ernährungs- und Produktionsgüter einzuführen, die teils als Schenkung, teils als Anleihe gewährt wurden. Die Importeure mußten den Dollar-Wert dieser von den USA bezogenen Waren in der jeweiligen Landeswährung auf sogenannte Gegenwertkonten (Counterpart Funds) überweisen. In den westdeutschen Besatzungszonen bzw. später in der Bundesrepublik wurden die DM-Gegenwerte für die in Rechnung gestellten Dollarkosten der Wareneinfuhren auf ein Sonderkonto der Bank deutscher Länder eingezahlt. Das Abkommen vom 15. Dezember 1949 über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den USA und der Bundesrepublik sah in Artikel IV und V vor, daß über die Verwendung von DM-Erlösen aus amerikanischen Warenimporten die Bundesregierung nur im Einvernehmen mit der ECA (Economic Cooperation Administration) verfügen durfte. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. BUNDESGESETZBLATT 1950, S. 10–21.
Die ECA war die amerikanische Verwaltungsbehörde für den Marshall-Plan. In den Empfängerstaaten der Marshall-Plan-Hilfe wurden eigene Missionen der ECA errichtet. ECA-Beauftragter für Deutschland war der amerikanische Hohe Kommissar McCloy.

setzen müsse. Eine deutsche Vertretung auf der Viermächte-Konferenz sei nicht möglich.

Bundeskanzler: Wie denke man sich dann den Ausgang der Konferenz und ihre Auswirkungen auf die deutsche Psychologie?

McCloy: Zweifellos werde man sich eines Diktats enthalten.

Bundeskanzler: Ohne daß die Deutschen gefragt würden, könne man kaum eine nützliche Regelung treffen. Wenn die Deutschen 1946–48 gewisse Entscheidungen hingenommen hätten, so sei es im Jahre 1950/51 anders. Nichtbeteiligung Deutschlands an der Gestaltung seines Schicksals sei mit einer der entscheidenden Faktoren, die auch das politische Interesse der Jugend lähmten.

McCloy: Wenn die Sowjets auf freie Wahlen und eine absolut gesicherte Bewegungsfreiheit aller Parteien eingingen, werde man schnell zu einer Einigung kommen können.

Bundeskanzler: Man könne daran denken, daß die Struktur beider Teile Deutschlands zunächst aufrechterhalten bliebe, daß darüber ein deutscher Rat gebildet werde und daß eine komplette Demilitarisierung unter Abzug aller Besatzungstruppen erfolge.[11]

McCloy: Für ihn sei von besonderem Interesse, ob die Herren Speidel und Heusinger zu Sachverständigen benannt worden seien.[12]

Bundeskanzler: Müßten dann diese Besprechungen der militärischen Sachverständigen trotz der Viererkonferenz beginnen? Es wäre sehr übel, wenn diese Besprechungen infolge der Beschlüsse der Vier Mächte gestoppt würden. Er schlage deshalb private Besprechungen zwischen General Hays und den deutschen Sachverständigen vor.[13]

McCloy: Die Engländer wünschten, daß die Besprechungen so rasch wie möglich beginnen. Die französische Hohe Kommission habe sich entsprechend geäußert.[14]

11 Am 30. November 1950 übermittelte Ministerpräsident Grotewohl ein Schreiben an Bundeskanzler Adenauer, in dem vorgeschlagen wurde, daß „ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands gebildet würde, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden Provisorischen Regierung vorzubereiten hätte“ und die „Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung übernehmen könnte“. Grotewohl regte an, „Besprechungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zwischen den beiden Regierungen aufzunehmen“, und schloß: „Wir schlagen vor, daß dazu von jeder Regierung sechs Vertreter ernannt werden. Über Ort und Zeit könnte zwischen den Staatssekretären der Ministerpräsidenten eine Verständigung erfolgen“. Vgl. DzD II/3, S. 453.

12 Generalleutnant a. D. Heusinger und Generalleutnant a. D. Speidel wurden am 23. Dezember 1950 vom Beauftragten des Bundeskanzlers, Blank, gebeten, ihn als Berater bei den Gesprächen über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik zu unterstützen. Vgl. dazu SPEIDEL, Erinnerungen, S. 284.

13 Für das Gespräch des Beauftragten des Bundeskanzlers, Blank, sowie des Generalleutnants a. D. Heusinger und des Generalleutnants a. D. Speidel mit dem amerikanischen Stellvertretenden Hohen Kommissar Hays vgl. Dok. 3.

14 Die Besprechungen mit Vertretern der AHK über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik begannen am 9. Januar 1951 auf dem Petersberg. Vgl. dazu Dok. 6.

Bundeskanzler: Seine Hauptsorge sei, daß von französischer Seite diese Besprechungen plötzlich abgebrochen würden. Dies wäre für die deutsche öffentliche Meinung unerträglich.

McCloy: Wenn wir diese Besprechungen jetzt nicht zustande kommen lassen, besteht die Gefahr, daß wir schwächlich in die Viermächtekonferenz hineingehen. Er habe aber nichts dagegen, wenn zunächst auf informeller, rein technischer Basis die Erörterungen begännen.

Bundeskanzler: Hinsichtlich der Errichtung einer Bundespolizei weise er auf den Antrag der SPD[15] hin, hinter den sich die Bundesregierung stelle. Er werde die Frage der Errichtung einer Bundespolizei erneut der Hohen Kommission vorlegen. Es sei unerläßlich, daß die Bundesregierung über eine wirklich nennenswerte Polizeikraft verfüge. Man könne später die Polizeibereitschaften auf das deutsche Kontingent anrechnen.

McCloy: Er beabsichtige, die Dienstgruppen[16] zu vermehren, besser auszurüsten und auszubilden.

Er wäre dankbar für eine Auskunft, wie es mit der Anerkennung der früheren Schulden des Reiches[17] stehe.

Bundeskanzler: Der Auswärtige Ausschuß würde sich erneut in der nächsten Woche mit diesem Problem befassen. Er habe die Hoffnung, daß sich eine Mehrheit finde, die sich für die Anerkennung der Schulden ausspreche. Zu einer Ab-

15 Am 26. Oktober 1950 stellte die SPD-Fraktion des Bundestages den Antrag, dem Artikel 74 GG vom 23. Mai 1949 eine Ziffer hinzuzufügen, damit sich die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes auch auf die Gebiete Einstellung, Beförderung, Ausbildung, Besoldung, Ausrüstung und Bewaffnung der Polizeiexekutivbeamten erstrecke. Außerdem sollte Artikel 87 GG über die Gegenstände der bundeseigenen Verwaltung einen neuen Absatz 2 mit dem Wortlaut erhalten: „Die Länder sind auf Anforderung des Bundesministers des Innern verpflichtet, ein Zehntel ihrer Polizei-Exekutivkräfte nach Maßgabe eines besonderen Bundesgesetzes zur Verfügung des Bundes zu halten." Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 7, Nr. 1515.

16 Die Dienstgruppen bei den Besatzungstruppen der Drei Mächte wurden als Wachmannschaften, Bauleute und Räumungspersonal, Fahrer und Handwerker eingesetzt. Sie waren uniformiert, vielfach kaserniert und trugen – wenn es der Auftrag erforderte – Waffen.

17 Mit Schreiben vom 23. Oktober 1950 erklärte der Geschäftsführende Vorsitzende der AHK, Kirkpatrick, Bundeskanzler Adenauer, daß es die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA gutheißen würden, „wenn sie von der Bundesregierung eine formelle Zusicherung erhielten, daß sie sich für die äußere Vorkriegsschuld des Deutschen Reiches als verantwortlich betrachtet und daß sie ihre Haftung hinsichtlich der von den Besatzungsmächten im Zusammenhang mit der Wirtschaftshilfe für die Bundesrepublik gemachten Ausgaben anerkennt". Vgl. DzD II/3, S. 390.
Am 21. Dezember 1950 teilte der Bundeskanzler dem Geschäftsführenden Vorsitzenden der AHK, François-Poncet, mit, daß der Ausschuß des Bundestages für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten zu dem nach Verhandlungen mit der AHK am 4. Dezember 1950 vereinbarten Entwurf eines Notenwechsels über die Anerkennung der Auslandsschulden noch keine Stellung genommen habe. Zugleich erklärte Adenauer, daß die Bundesrepublik trotz der „beschränkten territorialen Herrschaftsgewalt" die äußeren Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches und die Verbindlichkeiten aus der Wirtschaftshilfe der Nachkriegszeit anerkenne und an der Aufstellung eines allgemeinen Zahlungsplanes für die Begleichung der Schulden mitarbeiten wolle. Vgl. dazu AAPD 1949/50, Dok. 172.
Die Hohen Kommissare lehnten jedoch in einer Besprechung vom selben Tag die Annahme des Schreibens des Bundeskanzlers ab. Der britische Hohe Kommissar Kirkpatrick erklärte: „Wir meinen, wenn wir den Brief, so wie Sie ihn geschrieben haben, annehmen würden, würden wir zwei große Gefahren laufen. Erstens würde sich ein Konflikt zwischen der Alliierten Hohen Kommission und dem Kanzler auf der einen Seite und dem Bundestag auf der anderen Seite herausstellen. Zweitens besteht die Möglichkeit, daß der Bundestag die Zusicherung, die Sie uns gegeben haben, nicht aufrechterhält." Vgl. AAPD, Hohe Kommissare 1949–1951, S. 324 f.

stimmung würde es voraussichtlich nicht kommen.[18] Er hoffe aber auch, daß man, wenn es zu einer positiven Beurteilung im Ausschuß komme, die New Yorker Beschlüsse[19] rasch in Kraft setze.

McCloy: Es sei auch seine Auffassung. Man müsse mit größter Beschleunigung an diese Dinge herangehen; denn wenn es der Bundesregierung einmal möglich sei, diplomatische Vertreter in die verschiedenen großen Staaten zu senden, würde auch die Statur der Bundesregierung erheblich gewinnen.

B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 184

2

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dittmann

106-00 II 110/51 **3. Januar 1951**

In Abwesenheit des Iranischen Gesandten[1], der sich zur Zeit in Paris befindet, habe ich nach vorheriger telefonischer Anmeldung seinen Vertreter[2] in Stuttgart aufgesucht, um mit ihm die Frage der Errichtung einer deutschen Vertretung in Teheran zu erörtern. Ich habe den Vertreter des Iranischen Gesandten darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung schon vor mehreren Monaten bei der Alliierten Hohen Kommission beantragt habe, ein Generalkonsulat in Teheran zu errichten.[3] Zu unserem großen Bedauern hätten wir eine Antwort

18 Zu den Ergebnissen der Beratungen des Ausschusses des Bundestages für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten vgl. Dok. 18.

19 In New York fand vom 12. bis 14. sowie am 18. September 1950 eine Außenministerkonferenz der Drei Mächte statt. Es wurde vereinbart, legislative Schritte zur Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland einzuleiten, den Schutz der Bundesrepublik und von Berlin (West) durch die Streitkräfte der Drei Mächte in Deutschland zu gewährleisten und die Frage eines Verteidigungsbeitrags der Bundesrepublik zu prüfen. Des weiteren wurde die Aufstellung von beweglichen Polizeikräften auf Landesebene genehmigt, wobei es der Bundesregierung gestattet wurde, auf diese Verbände im Notfall zurückzugreifen. Ferner wurden eine Abänderung des Besatzungsstatuts und eine Ermächtigung zur Errichtung eines Außenministeriums angekündigt. Schließlich wurden Erleichterungen bei der Kontrolle der Gesetzgebung durch die Drei Mächte in Aussicht gestellt, die Erlaubnis zum Bau und Export von Handelsschiffen gewährt sowie die Erhöhung der Stahlproduktionsquote gebilligt. Für den Wortlaut des Schlußkommuniqués der Außenministerkonferenz der Drei Mächte vom 19. September 1950 vgl. EUROPA-ARCHIV 1950, Bd. 2, S. 3406 f.
Zu den Ergebnissen vgl. auch die Besprechung des Bundeskanzlers Adenauer mit den Hohen Kommissaren François-Poncet (Frankreich), Kirkpatrick (Großbritannien) und McCloy (USA) am 23. September 1950; AAPD, Hohe Kommissare 1949–1951, S. 238–246. Vgl. dazu ferner das Schreiben des Geschäftsführenden Vorsitzenden der AHK, François-Poncet, vom 23. September 1950 an Adenauer; KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 3 (1950 II), S. 142–152.

1 Abdollah Entezam.

2 Hossein A. Logman-Adham.

3 Am 14. September 1950 bat Bundeskanzler Adenauer den Geschäftsführenden Vorsitzenden der AHK, François-Poncet, um Zustimmung zur Errichtung eines Generalkonsulats in Teheran. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. B 10 (Abteilung 2), Bd. 1313.
Am 12. Oktober 1950 unterrichtete der Generalsekretär der AHK, Handley-Derry, Ministerialdirektor Blankenhorn, daß keine Einwände bestünden und „daß die Absicht der Bundesregierung der Kaiserlichen Iranischen Regierung zur Kenntnis gebracht würde". Vgl. B 10 (Abteilung 2), Bd. 1327.

bisher nicht erhalten. Das sei um so schmerzlicher, weil die Bundesregierung großen Wert darauf lege, die traditionellen guten Beziehungen mit Iran möglichst bald wieder aufzunehmen und einen Vertreter nach Teheran zu entsenden. Iran sei das einzige Land, das bisher zu dieser Anfrage keine Stellung genommen habe, und ich bäte ihn daher, seine Regierung über das große Interesse der Bundesregierung an dieser Frage zu unterrichten.

Der Vertreter des Iranischen Gesandten erwiderte mir, daß die Gesandtschaft bereits vor geraumer Zeit in diesem Sinne nach Teheran berichtet habe, daß ihr aber eine Antwort bisher nicht zugegangen sei. Er werde nicht verfehlen, seine Regierung über meine Démarche unverzüglich zu unterrichten, und er hoffe, mir bald eine positive Antwort zukommen lassen zu können.[4]

Hiermit Herrn MD Blankenhorn[5], Abteilung I, Abteilung III mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Dittmann

B 10 (Abteilung 2), Bd. 162

3

Gespräch des Beauftragten des Bundeskanzlers, Blank, mit dem amerikanischen Stellvertretenden Hohen Kommissar Hays

Geheim **5. Januar 1951**[1]

General Hays hat den Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen, Herrn Blank, und seine beiden militärischen Berater, Generale a. D. Heusinger und Speidel, zu einem Abendessen eingeladen. Anwesend waren ferner von amerikanischer Seite Mr. Reber und Mr. Whitman sowie von deutscher Seite Ministerialdirektor Blankenhorn und der Unterzeichnete[2].

General *Hays* erklärte, er habe den Wunsch gehabt, Herrn Blank und die deutschen Sachverständigen persönlich kennenzulernen, und hoffe, daß bei dieser Gelegenheit die beiderseitigen Auffassungen informell ausgetauscht werden können.

4 Am 15. März 1951 wurde in einer iranischen Pressemitteilung berichtet, daß im Iran nach der Revision des Besatzungsstatuts vom 6. März 1951 von der baldigen Entsendung eines Gesandten der Bundesrepublik ausgegangen werde. Vgl. dazu den Artikel „Reprise des relations diplomatiques irano-allemandes"; JOURNAL DE TEHRAN vom 15. März 1951; B 11 (Abteilung 3), Bd. 248.
Am 26. September 1953 nahm Gesandter Gielhammer die Amtsgeschäfte in Teheran auf.

5 Hat laut Vermerk des Oberregierungsrats Ostermann von Roth vom 11. Januar 1951 Ministerialdirektor Blankenhorn vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Dittmann erneut am 12., am 20. und 25. Januar sowie am 2. Februar 1951 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Trützschler von Falkenstein am 2. Februar 1951 vorgelegen.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Oberregierungsrat Ostermann von Roth gefertigt.

2 Ernst Ostermann von Roth.

General Hays gab der amerikanischen Enttäuschung über die zögernde Haltung Westeuropas in der Verteidigungsfrage Ausdruck. Die Amerikaner erwarten von Westeuropa und insbesondere von Deutschland eine Erklärung, daß es zum Westen stehe und bei der gemeinsamen Verteidigung mitmache.

Herr *Blank* und Herr *Blankenhorn* wiesen eindringlich darauf hin, daß die Grundhaltung Westdeutschlands klar sei. Die geforderte Erklärung könne jedoch erst dann zustandekommen, wenn zunächst die Alliierten eine sichtbare Geste machen. Die Alliierten müßten ganz klar das Prinzip verkünden, daß das Besatzungsstatut[3] durch eine vertragliche Regelung abgelöst werde, auch wenn diese Ablösung nur Schritt für Schritt erfolgen könne. Hinzukommen müsse ein sichtbares Zeichen ihrer Schicksalsverbundenheit mit dem deutschen Volk in der Form der Verstärkung der englischen und amerikanischen Macht in Westdeutschland.

General *Hays* erklärte, diese Geste könne erfüllt werden in der Form eines bindenden Versprechens. Herr *Blank* wies darauf hin, daß das Versprechen allein nicht genüge, sondern es müßten bereits die ersten Etappen der Erfüllung dieses Versprechens gegeben sein, und Herr *Blankenhorn* betonte nochmals die Notwendigkeit einer Verstärkung der Engländer und Amerikaner in der Übergangszeit.

General *Hays* erklärte: „Wir schicken Verstärkungen und haben einen Pool von Waffen bereitgestellt. Diese Waffen können aber nicht für Deutschland beiseite gelegt werden, sondern werden anderswo verwendet, wenn Deutsche nicht bereit sind, sie zu gebrauchen. Ich bin damit einverstanden, daß wir ein Versprechen geben und die Deutschen ihrerseits Zusagen machen. Aber wie stark müssen wir uns nach deutscher Auffassung zeigen, was geschieht in der Zwischenzeit?"

Herr *Blankenhorn*: „Die ersten 12 oder 18 Monate sind die kritischste Periode. Es muß dafür gesorgt werden, daß Deutschland in dieser Zeit nicht einem plötzlichen Schlag der Russen ausgesetzt wird. Daher ist während dieser Periode eine erhebliche Verstärkung der Alliierten in Westdeutschland notwendig."

General *Hays*: „Kann von Deutschland der Antrieb für ganz Europa ausgehen? Fehlt es nicht in Deutschland an entschlossenen Führern, so wie sie in Berlin in einer Zeit höchster Gefahr, während der Blockade, vorhanden waren?"

General *Speidel*: „Wenn eine sichtbare Geste gemacht wird, dann wird auch die Jugend mitmachen."

[3] Das auf der Außenministerkonferenz der Drei Mächte vom 5. bis 8. April 1949 in Washington beschlossene Besatzungsstatut wurde am 10. April 1949 dem Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Adenauer, übergeben und trat am 21. September 1949 in Kraft. Darin reservierten sich die Regierungen der Drei Mächte im Rahmen der von ihnen ausgeübten obersten Gewalt weitreichende Zuständigkeiten, u. a. für die Demilitarisierung und für Beschränkungen im Bereich von Wissenschaft und Industrie, für die Kontrolle des Ruhrgebiets, für Restitutionen, Reparationen und Dekartellisierung, für ausländische Interessen in und Ansprüche gegenüber Deutschland sowie für die auswärtigen Angelegenheiten, den Außenhandel und den Devisenverkehr der Bundesrepublik. Ferner wurde den Besatzungsbehörden das Recht vorbehalten, „auf Anweisung ihrer Regierungen die Ausübung der gesamten Gewalt ganz oder teilweise wieder zu übernehmen, wenn sie dies im Interesse der Sicherheit, zur Aufrechterhaltung einer demokratischen Regierungsform oder in Wahrnehmung der internationalen Verpflichtungen dieser Regierungen für notwendig halten". Vgl. DzD II/2, S. 339.

General *Hays* erläutert die amerikanische Haltung: „Die amerikanische Öffentlichkeit ist stark verwirrt. Als wir in Korea eingriffen, glaubte das amerikanische Volk, das Richtige zu tun, um eine schwache Nation gegen einen Angriff der Starken zu schützen. Als Resultat haben wir herausgefunden, wer unsere Feinde sind, und wir fangen an, uns zu bewaffnen. Unser Land wird stark sein, wenn es auch noch nicht im nächsten Jahr seine volle Stärke erreicht. Zuhause werden große Opfer auf allen Gebieten gebracht. Bei diesen Opfern ist in Amerika der Mangel an Entschlossenheit in Europa schwer zu verstehen. So wie es in der Presse dargestellt wird, glauben die Europäer lediglich, daß sie etwas dazu beitragen sollen, Amerika zu verteidigen. Dagegen hat in Wirklichkeit Amerika Europa geholfen, zunächst durch GARIOA[4], dann durch den Marshall-Plan und schließlich durch den Nordatlantik-Pakt. In diesem Pakt hat sich Amerika bereit erklärt, Europa zu helfen, wenn dieses bereit ist, sich selbst zu verteidigen. Auf der New Yorker Außenministerkonferenz haben wir erklärt, daß jeder Angriff gegen Westdeutschland ein Angriff gegen uns selbst ist.[5] Wir haben alles getan, was wir glauben, tun zu können. Nun stehen wir einer vollkommenen Unentschlossenheit in Europa gegenüber. Es wird für die Männer, die den Überblick in Amerika haben, sehr schwierig sein, das amerikanische Volk zu überzeugen, das Richtige zu tun, wenn wir nicht eine andere Einstellung in Europa sehen. Daher bin ich sehr besorgt über diesen Verzug. Amerika will ein Versprechen sehen, daß man in Europa ähnlich entschlossen ist wie in Amerika. Deutschland hat hier eine große Gelegenheit. Man macht nicht nur Freunde, wenn das Wetter gut ist."

Herr *Blankenhorn*: „Der Herr Bundeskanzler sieht die Lage genau so wie Sie."

Auf eine Bemerkung von General *Speidel*, daß der Pleven-Plan[6] und der Eindruck eines amerikanischen Einverständnisses mit diesem Plan die Verzöge-

4 GARIOA-Mittel waren vom amerikanischen Heeresministerium bereitgestellte Dollarbeträge für Einfuhren in besetzte Gebiete. Sie dienten zum Kauf von Nahrungsmitteln und Treibstoffimporten.

5 Zur Sicherheitserklärung der Außenministerkonferenz der Drei Mächte in New York wurde im Schlußkommuniqué vom 19. September 1950 ausgeführt: „Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß ihre Streitkräfte in Deutschland außer ihren Besatzungsaufgaben noch die wichtige Aufgabe haben, als Sicherheitstruppen zum Schutz und zur Verteidigung der freien Welt, einschließlich der Deutschen Bundesrepublik und der Westsektoren Berlins, zu dienen. Um diesen Schutz wirksamer zu machen, werden die alliierten Regierungen ihre Truppen in Deutschland vermehren und verstärken. Sie werden jeglichen Angriff auf die Bundesrepublik oder Berlin von jeder Seite als einen Angriff auf sich selbst betrachten." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1950, Bd. 2, S. 3406.
Die Sicherheitserklärung wurde vom Geschäftsführenden Vorsitzenden der AHK, François-Poncet, mit Schreiben vom 23. September 1950 an Bundeskanzler Adenauer präzisiert: „Was die äußere Sicherheit des Bundes betrifft, so haben die drei Mächte erklärt, daß sie ihre in Deutschland stationierten Truppen nicht nur als Besatzungstruppen ansehen, sondern daß diesen gleichzeitig die Aufgabe obliegt, den Schutz der Bundesrepublik und der Westsektoren Berlins sicherzustellen. Die Mächte haben ausdrücklich hinzugefügt, daß sie jeden Angriff auf die Bundesrepublik oder auf Berlin, von welcher Seite er auch kommen mag, also auch wenn er nur von der Volkspolizei ohne Intervention Sowjetrußlands unternommen würde, als einen gegen sie selbst gerichteten Angriff ansehen würden. Es handelt sich also um eine vollständige Garantie für die äußere Sicherheit, die die drei Mächte der Bundesrepublik geben. Ich betone diesen Punkt, da er der Aufmerksamkeit eines Teiles der deutschen Presse entgangen zu sein scheint." Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 3 (1950 II), S. 143.

6 Ministerpräsident Pleven erläuterte am 24. Oktober 1950 vor der Nationalversammlung in Paris einen Vorschlag zur Schaffung einer europäischen Verteidigungsorganisation nach dem Vorbild des Schuman-Plans vom 9. Mai 1950: „La mise sur pied d'une armée européenne ne saurait résulter du simple accolement d'unités militaires nationales [...]. Les contingents fournis par les Etats participants seraient incorporés dans l'armée européenne, au niveau de l'unité la plus petite pos-

rung verursacht habe, erwidert General *Hays*: „Der Pleven-Plan hat versucht, die höchste Form einer europäischen Einheit zu erreichen. Deutsche und Franzosen haben jahrhundertelang um eine Vereinigung Europas gekämpft. Im Vereinigten Europa liegt die Chance Deutschlands, da dann alle deutschen Probleme gleichzeitig europäische Probleme werden. Aus diesem Grunde stehen wir hinter allem, was die Deutschen bzw. die anderen Europäer für den endgültigen Zusammenschluß Europas annehmen, aber dies darf keine Verzögerung mit sich bringen. Ich habe selbst einige Jahre mit Besorgnis gesehen, daß wir nicht bereit waren, Deutschland die Möglichkeit zu geben, sich zu verteidigen. Wir sind jetzt bereit, Deutschland diese Möglichkeit zu geben, und wir warten darauf, daß Deutschland seine Chance sieht. Das Hauptergebnis der ‚Brüsseler Konferenz' liegt darin, daß die Hohen Kommissare[7] ermächtigt worden sind, über alle Punkte mit den Deutschen zu verhandeln.[8] Lediglich eine Bedingung steht fest, nämlich daß Deutschland nur im Rahmen einer atlantischen Armee aufrüsten und keine nationale Armee schaffen darf."

Herr *Blank* stellt unter Zustimmung seiner militärischen Berater fest, daß Deutschland gar keine Wehrmacht im alten Sinne haben wolle. Wenn über die Bereitwilligkeit zur Aufstellung deutscher Verbände gesprochen werde, dann geschehe dies nur aus der Notwendigkeit, eine internationale militärische Macht zur Verteidigung der menschlichen Freiheit zu schaffen. Es sei jedoch selbstverständlich, daß die Deutschen in jeder Beziehung den anderen Kontingenten gleichgestellt würden.

General *Hays* sieht diese Gleichstellung als natürlich an und stimmt einer solchen Gleichstellung zu. Er will jedoch wissen, welche Sicherheiten gegeben werden könnten, daß nicht Deutschland unter der Tarnung eines Beitrages zu einer internationalen Armee eine nationale Armee aufstellt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 13

sible. Le financement de l'armée européenne serait assuré par un budget commun. Le ministre européen de la défense serait chargé d'exécuter les engagements internationaux existants et de négocier et d'exécuter les engagements internationaux nouveaux sur la base des directives reçues du conseil des ministres. Le programme européen d'armement et d'équipement serait arrêté et exécuté sous son autorité. Les Etats participants, qui disposent actuellement de forces nationales, conserveraient leur autorité propre en ce qui concerne la partie de leurs forces existantes qui ne serait pas intégrée par eux dans l'armée européenne." Vgl. JOURNAL OFFICIEL. ASSEMBLÉE NATIONALE 1950, S. 7119. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1950, Bd. 2, S. 3519.
Zum Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten vom 24. Oktober 1950 zur Schaffung einer europäischen Verteidigungsorganisation vgl. auch AAPD 1949/50, Dok. 134.

7 André François-Poncet (Frankreich), Ivone A. Kirkpatrick (Großbritannien) und John J. McCloy (USA).

8 Im Schlußkommuniqué der Konferenz der Außenminister der Drei Mächte vom 19. Dezember 1950 in Brüssel wurde vermerkt: „The North Atlantic Council having agreed upon the establishment of an integrated force for the defense of Western Europe and upon the appointment of the supreme commander, the Foreign Ministers of the USA, UK and France considered the problem of associating Germany in the common defense effort of the free nations of the West. The three Ministers have authorized their respective High Commissioners, in discussions with the German Government of the Federal Republic, further to explore this problem on the basis of the Council's proposals, as well as any changes in the present occupation arrangements which might logically attend a German defense contribution." Vgl. FRUS 1950, IV, S. 813. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1951, Bd. 1, S. 3639.
In Brüssel tagten der NATO-Ministerrat am 18./19. Dezember, die Außenminister der Drei Mächte am 19. Dezember und der Konsultativrat der Brüsseler Vertragsorganisation am 20. Dezember 1950. Vgl. dazu FRUS 1950, III, S. 585–607, FRUS 1950, IV, S. 803–813 sowie DBPO II/3, S. 386–397. Vgl. dazu ferner AAPD 1949/50, Dok. 171.

Herr *Blank* erwähnt drei Sicherungen, nämlich

1) absoluter und endgültiger Verzicht auf eine deutsche Rüstungsindustrie. Damit hätten wir keine Möglichkeit, die Truppen aus Eigenem zu versorgen, und sie könnten somit nicht offensiv werden.

General *Hays* bemerkt hierzu: „Wenn Deutschland nur im Rahmen des Atlantik-Pakts rüsten kann, so heißt das, daß die Atlantikpakt-Mächte Deutschlands Aufrüstung überwachen wollen."

Herr *Blank* ergänzt dies dahin, daß Deutschland die Ausbildung und Ausrüstung den Alliierten überlassen wolle, da eine internationale Armee einheitlich ausgebildet und bewaffnet sein müsse.

2) eine enge Verflechtung in der Kommandogewalt aller nationalen Verbände, so daß keiner dieser Verbände für sich allein selbständig aus nationalem Interesse operieren kann. Natürlich müssen dann in der oberen Führung auch Deutsche genau so wie Angehörige anderer Völker beteiligt werden.

General *Hays*: „Das ist selbstverständlich."

3) absoluter Verzicht auf eine strategische Luftwaffe.

General *Hays*: „Diese Garantien würden mir ausreichen."

General *Heusinger* legt auf Bitte von General Hays seine Überlegungen über eine Verteidigung Westeuropas dar: „In der ersten Phase kommt es darauf an, in Westdeutschland so starke Kräfte aufzubauen, daß die Russen einen Angriff nicht ohne weiteres wagen. Dazu werden in naher Zukunft in Westdeutschland insgesamt 20 Divisionen benötigt, die den 25 russischen Divisionen in der Ostzone ungefähr gleichwertig sind."

General *Hays*: „Wir glauben, daß etwa 30 Divisionen erforderlich sind."

General *Heusinger* fährt fort: „Wenn man sich überlegt, wie diese 20 bis 30 Divisionen zu schaffen sind, so kommt man zu der Überlegung, daß Westdeutschland einen Beitrag von etwa zehn bis zwölf Divisionen leisten solle und daß die übrigen Divisionen von der Besatzungsmacht gestellt werden müssen. Diese 20 bis 30 Divisionen könnten folgendermaßen gegliedert werden: In Süddeutschland eine Armee unter amerikanischem Oberbefehl von zehn bis zwölf deutschen – amerikanischen – französischen Divisionen.

In Norddeutschland etwa eine ähnliche Stärke unter britischem Oberkommando.

In Mitteldeutschland (Hessen, Rheinland-Westfalen) acht Divisionen unter französischem oder deutschem Oberkommando.

Innerhalb dieser Gruppen wäre eine völlige Verzahnung zwischen amerikanischen, britischen, französischen und deutschen Streitkräften zweckmäßig. Wenn diese militärische Macht steht, dann ist das Risiko eines Krieges weitgehend überwunden. Die gesamte Streitmacht muß unter allen Umständen einem amerikanischen Oberkommando unterstehen. Wenn die Russen aus dem Innern Rußlands weitere Kräfte heranholen, dann kommt der Augenblick, in dem die Masse des französischen und belgischen Heeres aus der Tiefe herangeführt werden muß. Bei der Wiederaufrüstung Westeuropas muß man von einem Gesamtplan ausgehen. Diesem Plan entsprechend müssen die einzelnen

Länder aufgerüstet werden. Es wird die große Aufgabe Eisenhowers[9] sein, den Plan der Aufrüstung aufzustellen und durchzuführen."

General *Hays*: „Was General Heusinger sagt, scheint mir sehr vernünftig, aber was für Zwischenmaßnahmen können ergriffen werden, wenn General Eisenhower zu der Ansicht kommt, daß es mindestens ein Jahr dauert, bis der Plan ausgeführt wird. Sollten entlang der Grenze Abwehrkräfte aufgestellt werden und dahinter mobile Reserven bereitstehen?"

General *Heusinger*: „Bis zum Herbst 1951 kommt es darauf an,

1) die englische und amerikanische Besatzungsstreitkraft zu verstärken,
2) die französische, belgische, britische und italienische Armee aufzubauen,
3) in Deutschland die theoretischen Vorbereitungen zu treffen für die Aufstellung deutscher Truppen."

General *Hays* fragt, ob in der Zwischenzeit eine Armee an der Grenze aufgestellt werden soll oder ob diese ungedeckt zu lassen ist.

General *Heusinger*: „Ich würde die amerikanischen und englischen Besatzungsstreitkräfte nicht auf große Räume verteilen, sondern geschlossen hinstellen:

die amerikanische Armee im Raum von Grafenwöhr, Nürnberg, Bamberg,
die englische Armee ostwärts von Hamburg."

General *Hays*: „Würden Sie einige Kraftzentren entlang der Grenze halten?"

General *Heusinger*: „Ich würde unter allen Umständen versuchen, Süddeutschland und Schleswig-Holstein und dazwischen das Ruhrgebiet zu halten."

General *Hays*: „Können wir hierbei mit deutschen Truppen rechnen?"

General *Heusinger*: „In dem ersten Jahr können deutsche Verbände noch gar nicht vorhanden sein. In diesem ersten Jahr kann bei einem russischen Angriff nur ein Atomschleier in und hinter Polen die Russen von einem Heranführen[10] weiterer Truppen abhalten. Gibt es dafür eine Möglichkeit?"

General *Hays*: „Ich glaube nicht, daß unsere Atomwaffen in dieser Weise gebraucht werden können. Vielmehr können sie dafür gebraucht werden, alle Nachschubzentren zu zerstören."

General *Heusinger*: „Vier von den fünf Nachschublinien durch Polen laufen über die Weichsel. Wenn es möglich ist, diese vier Nachschubwege atomisch zu unterbrechen, dann ist es entscheidend möglich, den russischen Nachschub zu unterbinden."

General *Hays*: „Vielleicht können wir das, vielleicht auch nicht. Wir müssen es erst versuchen. Ich möchte dabei aber lieber auf unserer Seite sein.

Wenn wir den Deutschen einen bestimmten Verteidigungsabschnitt in Deutschland zuteilen und den Deutschen Waffen geben, werden wir dann mit deutschen Kräften rechnen können? Während des ersten Jahres werden die Erd-

[9] Auf Vorschlag des NATO-Ministerrats ernannte Präsident Truman am 19. Dezember 1950 den ehemaligen Oberbefehlshaber der Alliierten Expeditionsstreitkräfte, Eisenhower, zum Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (Supreme Allied Commander Europe; SACEUR). Für das Ernennungsschreiben vgl. FRUS 1950, III, S. 604 f.

[10] Korrigiert aus: „Hinranführen".

truppen schwach sein. Wie können in diesem Jahr die beschränkten Bodentruppen (Infanterie) verstärkt werden? Können wir irgendwelche deutschen Truppen an die Front bringen?"

General *Heusinger*: „Das hängt von der Frage Freiwilligkeit oder allgemeine Wehrpflicht und von den Voraussetzungen, unter denen sich die Aufstellung deutscher Truppen vollzieht, ab. Es gibt in Deutschland noch bestimmte Divisionen, die aus der Kriegszeit einen kameradschaftlichen Zusammenhang haben. Ich habe aber festgestellt, daß nur ein sehr kleiner Teil dieser Männer bereit ist, heute die Waffe in die Hand zu nehmen, da die meisten in das Zivilleben zurückgekehrt sind. Eine inoffizielle Umfrage bei einer Division ergab, daß nur 250 Mann bereit sein würden, sich freiwillig zu melden."

General *Hays*: „Die Frage der Wehrpflicht ist eine Angelegenheit der Zweckmäßigkeit. Die meisten Länder fangen mit der Freiwilligkeit an und, wenn sich nicht genügend melden, führen sie die Wehrpflicht ein."

Herr *Blank*: „Zunächst gibt es nur die Freiwilligkeit. Mit der Wehrpflicht können wir jetzt nicht kommen."

General *Hays*: „Es würde ungeschickt sein zu warten, bis die öffentliche Meinung hinter einer Wehrpflicht steht, ohne in der Zwischenzeit Freiwilligen Gelegenheit zu geben, sich zu melden."

General *Heusinger*: „Gute Freiwillige bekommen wir nur, wenn die politischen Voraussetzungen erfüllt sind. Sonst melden sich nur Landsknechtsnaturen."

General *Hays*: „Für Amerika ist es nicht wichtig, was Deutschland beiträgt, sondern nur, daß sich Deutschland bereit erklärt, etwas beizutragen. Es kann auch nur ein Bataillon sein, und auch über die Kosten können wir sprechen. Durch unsere Probeabstimmung in Deutschland haben wir festgestellt, daß ein großer Prozentsatz der deutschen Bevölkerung neutral bleiben will."

Herr *Blank*: „Die Stimmen für eine neutrale Haltung sind zum Teil darauf zurückzuführen, daß die politischen und militärischen Voraussetzungen für eine andere Haltung nicht gegeben sind. Aber auch auf der alliierten Seite vermissen wir eine einheitliche Auffassung (Neutralitätspropaganda der Franzosen)."

Herr *Blankenhorn*: „Würde es etwas bedeuten, wenn wir sofort Deutsche an amerikanische Militäranstalten schicken, um zu zeigen, daß wir etwas tun?"

General *Hays*: „Es ist nicht so wichtig, was wir tatsächlich tun, sondern erforderlich ist nur, daß eine Erklärung abgegeben wird, daß wir etwas tun."

Herr *Blank*: „Die ganze Politik des Herrn Bundeskanzlers ist doch eine solche Erklärung, daß Deutschland auf der Seite des Westens steht."

Herr *Blankenhorn*: (mit allem Nachdruck) „Der Herr Bundeskanzler braucht eine Zusicherung über ein neues Verhältnis zwischen Deutschen und Alliierten. Erst dann kann er mit Herrn Schumacher sprechen. Wir brauchen eine Erklärung über das Prinzip, das dann Schritt für Schritt verwirklicht wird. Wenn von den Amerikanern diese Erklärung gegeben wird, erst dann kann die Bundesregierung vor das Volk treten."

General *Hays*: „Darf ich anregen, daß der Herr Bundeskanzler den Entwurf der Erklärung macht, mit der er vor die deutsche Öffentlichkeit zu treten beabsichtigt? Wenn ich diesen Entwurf habe, werde ich bei der amerikanischen Re-

gierung feststellen, ob das möglich ist. Der Bundeskanzler soll genau sagen, was er für eine Erklärung von den Alliierten haben will."

General Hays erklärt auf Fragen von Herrn Blank über die Ausbildung deutscher Einheiten in dem ersten Jahr: „In enger Verbindung mit amerikanischen Einheiten können deutsche Einheiten ausgebildet werden, die zunächst Bataillonsstärke und dann Regimentsstärke haben würden. Sobald ein deutscher Beitrag beschlossen ist, könnten diese zu Divisionen zusammengefaßt werden, wobei man nur für Divisionen eine andere Bezeichnung suchen sollte."

Auf die Frage von Herrn *Blank*, ob Vorbereitungen für die Verteidigung des Luftraums über Deutschland vorgesehen sind, erklärt General *Hays*: „Natürlich ist an diese Verteidigung gedacht worden. Die Flugzeuge stellen die Alliierten, die Maschinen werden von alliierten und deutschen Piloten geflogen. Aber die Einzelheiten des Verteidigungsplans kann ich nicht verraten. In die geheimen Verteidigungspläne können die Deutschen erst eingeweiht werden, wenn sie unsere Partner geworden sind."

Auf eine Anregung von General Speidel erwidert General Hays: „Schon jetzt könnten deutsche Offiziere nach den USA zur Ausbildung gehen, und umgekehrt könnten auch schon jetzt amerikanische Offiziere in Deutschland für Ausbildungszwecke zur Verfügung gestellt werden."

Herr *Blank* fragt, ob Deutschen Gelegenheit gegeben werde, mit General Eisenhower bei seinem nächsten Besuch in Deutschland zu sprechen. General *Hays* meinte, das hinge davon ab, ob auch General Eisenhower als erste Voraussetzung eine deutsche Erklärung über die deutsche Verteidigungsbereitschaft verlangen werde.[11]

Gesprächsweise erwähnte General Hays, daß der frühere amerikanische Militärattaché in Berlin, Truman Smith, nach Deutschland käme. Allerdings sei mit seinem Besuch erst zu rechnen, wenn die Frage eines deutschen Beitrages grundsätzlich geklärt worden sei.

VS-Bd. 3204 (Abteilung 2)

[11] Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR) hielt sich vom 6. bis 26. Januar 1951 in Europa auf, um zu erkunden, ob die Voraussetzungen für eine integrierte und effektive Verteidigung Westeuropas bestünden. Am 22. Januar 1951 führte Eisenhower anläßlich eines Empfangs des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy in Bad Homburg ein Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer, dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Ollenhauer, dem Beauftragten des Bundeskanzlers, Blank, sowie dessen Beratern. Dazu führte McCloy am 24. Januar 1951 in einem Bericht an den amerikanischen Außenminister Acheson u. a. aus: „Eisenhower stressed to them that he was not there to urge them or press them for military contributions, that he was an officer of NATO and Germany was not in NATO, but he was clear about two points. The first was that whatever German contribution was made it had to be made on a free will basis without any pressures from the outside; and secondly, that in any army that he commanded all soldiers would have to be on an equal basis. He would not tolerate second class membership in the army. Adenauer referred to the necessity for a change in the political status and Eisenhower said he recognized that this was probably a concomitant of a contribution. Adenauer said that he was thinking of going to the Bundestag within a few weeks for a declaration in favor of the principle of a contribution and indicated that things might develop much more rapidly than was generally expected." Vgl. FRUS 1951, III/1, S. 446.

4

Generalkonsul Hausenstein, Paris, an die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten

Fernschreiben Nr. 4 **Aufgabe: 6. Januar 1951, 16.15 Uhr**[1]
Geheim **Ankunft: 7. Januar 1951, 10.15 Uhr**

Deutschland-Referent Außenministeriums, Sauvagnargues, bestätigte in gestriger Unterhaltung mit Kessel, daß Alliierte bei Vorverhandlungen mit Russen über Tagesordnung Vierer-Konferenz auf Erörterung Ostasienproblems verzichten, aber auf Diskussion über alle europäischen Fragen, also auch über österreichischen Staatsvertrag[2], bestehen würden. Beschränkung auf deutsche Frage, wo Russen die Fordernden seien, würde einseitige Konzession Westmächte darstellen, wozu diese nicht bereit. Befürchtung, Alliierte könnten sich mit Rußland auf Deutschlands Rücken einigen, bezeichnete er als völlig unbegründet. Ließ einfließen, Preisgabe deutscher Gebiete jenseits Oder-Neiße-Linie sei Versuch derartiger Einigung gewesen, Resultat habe bewiesen, daß diese Taktik verfehlt sei.

Zur Frage deutscher Aufrüstung meinte Sauvagnargues, man solle bedenken, daß Ablehnung alliierter Vorschläge durch Bundesregierung russische Verhandlungsposition stärken würde. Er bat in diesem Zusammenhang nähere Angaben über Bedeutung des vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Sicherheitspaktes[3], wozu Kessel sich außerstande erklärte.

Kessel widersprach der Bemerkung, die Deutschen wollten Aufrüstung aushandeln. Entscheidend sei, die deutschen Wehrfähigen durch Schaffung von Realitäten davon zu überzeugen, daß Widerstand gegen russischen Überfall technisch möglich und militärisch aussichtsreich sei. Deutsche öffentliche Meinung sei nicht nationalistisch, sondern verlange nur Anwendung Regeln gesunden Menschenverstandes auf Probleme wie Aufrüstung, Demontagen usw. Sauvagnargues gab Notwendigkeit veränderter alliierter Haltung zu und ver-

[1] Durchdruck.
Hat Vortragendem Legationsrat von Etzdorf am 9. Januar und erneut am 15. Januar 1951 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte, daß die Erstausfertigung des Drahtberichts der Abteilung II übermittelt worden sei.
Hat Botschaftsrat a. D. Kordt am 11. Januar 1951 vorgelegen.
Hat Referent Kossmann vorgelegen.

[2] Im Februar 1946 übermittelte der österreichische Außenminister Gruber den Politischen Beratern Erhardt (USA) und Mack (Großbritannien) den „noch unvollständigen Vorentwurf" vom 2. Februar 1946 für einen Vertrag „zur Wiederherstellung der Rechtsstellung Österreichs". Darin wurde auf den Begriff „Friedensvertrag" verzichtet und in Anlehnung an die Terminologie des Vertrags von St. Germain vom 10. September 1919 der Begriff „Staatsvertrag" verwendet, da sich Österreich nicht als kriegführende Macht betrachtete. Für einen Auszug aus dem Vorentwurf vgl. STAATSVERTRAG, S. 215 f.
Seit dem 14. Januar 1947 verhandelte die österreichische Regierung mit den Vier Mächten über ein Abkommen, demzufolge Österreich als souveräner Staat in den Grenzen von 1937 wiederhergestellt werden sollte. Der österreichische Staatsvertrag wurde am 15. Mai 1955 unterzeichnet.

[3] Zum Entwurf des Bundeskanzlers Adenauer vom 16. Dezember 1950 für eine vertragliche Vereinbarung mit den Drei Mächten, die das Besatzungsstatut ersetzen und auf zehn Jahren abgeschlossen werden sollte, vgl. AAPD 1949/50, Dok. 169.

wies auf Einberufung europäischer Aufrüstungskonferenz nach Paris[4] als positives Symptom. Unterzeichnung Schuman-Plans sei nicht etwa Vorbedingung für Einberufung dieser Konferenz; indessen sei es bedauerlich, daß Schuman-Plan sich so lange hinauszögere.

Hausenstein

VS-Bd. 4655 (Abteilung 3)

5

Aufzeichnung des Legationsrats a.D. Steg

8. Januar 1951

Betr.: Israel und seine Beziehungen zur Bundesrepublik

I. Der Staat Israel

Am 14.5.1948 wurde Israel zum unabhängigen souveränen Staat proklamiert. Der Bildung dieses „jüdischen Staates Israel in Palästina" lag die Resolution der Vereinigten Nationen vom 29.11.1947[1] zugrunde. Israel zählt gegenwärtig etwa 1,4 Mio. Einwohner einschließlich der im Lande verbliebenen Araber. Seine Anerkennung durch die Mächte erfolgte zögernd, durch Indien und Schweden erst Ende 1950. Weitere Anerkennungen stehen noch aus.

Hauptprobleme des Staates Israel sind

1) das Verhältnis zu den arabischen Staaten: Israel ist aus dem Kriege gegen die Araber siegreich hervorgegangen und jetzt militärisch das stärkste Land im Mittleren Osten; es liegen jedoch nur Waffenstillstands-, keine Friedensverträge vor.[2] Die Spannungen dauern vor allem infolge der Massendeportationen von Arabern aus Israel und wegen territorialer Übergriffe an. Im November 1950 forderte der Sicherheitsrat – Israel ist Mitglied der VN – die arabischen Staaten und Israel auf, ihre Streitigkeiten den in den Waffenstillstandsverträgen vorgesehenen gemischten Waffenstillstandskommissionen zu unterbreiten.[3] Der Erfolg steht noch aus.

4 Die Konferenz für die Organisation einer europäischen Armee wurde am 15. Februar 1951 in Paris eröffnet.

1 Die Resolution Nr. 181 der UN-Generalversammlung sah nach Beendigung der britischen Mandatsherrschaft in Palästina einen detaillierten Teilungsplan vor. Ein jüdischer und arabischer Staat sowie ein internationalisiertes Jerusalem sollten errichtet und durch eine Wirtschaftsunion verbunden werden. Für den Wortlaut vgl. UN RESOLUTIONS I, Bd. 1, S. 322–341.

2 Am 15. Mai 1948 begann mit dem Angriff arabischer Truppen aus Ägypten, Syrien, Transjordanien, dem Irak und dem Libanon der erste arabisch-israelische Krieg. Durch Vermittlung der UN schloß Israel mit Ägypten am 24. Februar, mit dem Libanon am 23. März, mit Jordanien am 3. und mit Syrien am 20. Juli 1949 separate Waffenstillstandsvereinbarungen. Für den Wortlaut der Verträge vgl. UNTS, Bd. 42, S. 251–351.

3 Vgl. dazu die Resolution Nr. 89 des UN-Sicherheitsrats vom 17. November 1950; UN RESOLUTIONS II, Bd. 2, S. 89–91.

2) Seit der Entstehung des Staates zählt Israel etwa 500000 Einwanderer. Die Unterbringung der Einwanderer – z.T. noch in Lagern – und ihre Aufnahme vom Arbeitsmarkt wirft trotz größter staatlicher Bemühungen schwere Probleme auf, zumal weitere 600000 Einwanderer in den nächsten drei Jahren aufgenommen werden sollen.

3) In der Agrarproduktion tritt Israel durch seine Zitruswirtschaft hervor. Im übrigen befindet sich das Land auf dem Wege zur Industrialisierung. Die heimische, insbesondere Leichtindustrie sucht aber zunächst nur den Inlandbedarf zu decken.

Die angespannte Zahlungsbilanz Israels macht das Land gegenwärtig abhängig von ausländischen Kapitalzufuhren. Auf der Nationalen Planungskonferenz für Israel im Oktober 1950 wurden amerikanische Anleihen in Höhe von insgesamt 1 Mrd. Dollar für Israel gefordert. Im Dezember 1950 bewilligten die USA dem Staat Israel einen Kredit von 35 Mio. Dollar.

II. Die Beziehungen Israels zur Bundesrepublik

Eine gegenseitige de-jure-Anerkennung erfolgte zwischen der Bundesrepublik und Israel bisher nicht. Auch Verträge, insbesondere Handelsverträge, sind bisher nicht abgeschlossen worden.

Das Kernproblem der Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel sind materiell die Wiedergutmachungsansprüche[4] früherer deutscher, jetzt israelischer Staatsangehöriger gegenüber Deutschland. Das Verhältnis der beiden Staaten zueinander wird durch die fehlende Regelung dieser Frage ernstlich belastet.

Zunächst vermied Israel mit Rücksicht auf die Funktionen Deutschlands als Transitland für die Überlebenden der Judenverfolgungen eine amtliche Stellungnahme zur Bundesrepublik. Erst im März 1949 betonte ein Sprecher der israelischen Regierung und Ende 1949 ein Sprecher des israelischen Außenministeriums, es werde „niemals" diplomatische oder konsularische Beziehungen zwischen Israel und deutschen Regierungen geben, kein Deutscher werde eine Einreisegenehmigung nach Israel erhalten.[5] Der israelische Außenminister, Moshe Sharett, schwächte diese völlig ablehnende Haltung am 15.7.1950 insofern ab, als er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen von der Wiedergutmachung abhängig machte.[6] Ein Sondergesetz verbietet jedoch grundsätzlich je-

[4] An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Sie betreffen insbesondere die Rückerstattung von feststellbaren Werten und Rechten, die jetzigen Einwohnern des Staates Israel aus rassischen Gründen während des Dritten Reiches entzogen wurden, die Wiedergutmachung von Schäden an Leben, Körper, Gesundheit und Freiheit – insbesondere Haftentschädigung – und die Wiedergutmachung des Schadens an wirtschaftlichem Fortkommen."

[5] In der Presse wurde berichtet, „Israel könne mit Deutschland, das für den Tod von sechs Millionen Juden verantwortlich sei, keine Beziehungen aufnehmen und unterhalten. Es werde nicht einmal Handelsbeziehungen zu Deutschland anknüpfen und auf keiner Industrie- oder Handelsmesse ausstellen, die von Deutschen veranstaltet werde." Vgl. den Artikel „Israel gegen Beziehungen zu Deutschland"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 22. März 1949, S. 1.
Nach einer Pressemeldung erklärte ein Sprecher des israelischen Außenministeriums, „daß es niemals diplomatische oder konsularische Beziehungen zwischen Israel und deutschen Regierungen, sei es im Westen oder im Osten Deutschlands, geben werde. Für die Vertreter Israels im Ausland gebe es ein Fraternisierungsverbot mit deutschen Diplomaten. Kein Deutscher würde eine Einreisegenehmigung nach Israel erhalten." Vgl. den Artikel „Also doch unversöhnlich?"; GENERAL-ANZEIGER vom 26. November 1949, S. 2.

[6] Nach einer Pressemeldung erklärte der israelische Außenminister Sharett, „es könne vorläufig keine Rede von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Westdeutschland sein.

den gesellschaftlichen Verkehr eines israelischen Staatsangehörigen mit Deutschen.[7] Indessen besteht ein israelisches Konsulat in München.[8]

Die deutschen Vermögenswerte in Israel, mit Ausnahme des kirchlichen Vermögens, sind als Garantie zur Begleichung der Ansprüche israelischer Staatsangehöriger gegen Deutschland im Januar 1950 beschlagnahmt worden.

Nach einer Pressemeldung vom 28.12.1950 erwägt die israelische Regierung z.Zt. Maßnahmen, um die deutsche Regierung zu zwingen, die israelischen Wiedergutmachungsansprüche zu realisieren.[9] Die Entsendung eines ständigen Beauftragten der israelischen Regierung für Wiedergutmachungsfragen wurde ins Auge gefaßt. Bei der gegenwärtigen Finanzlage der Bundesrepublik darf man sich jedoch von einer solchen Entsendung eines israelischen Beauftragten noch keinen Erfolg versprechen.

Die Aufnahme völkerrechtlicher Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik könnte schon durch Abschluß eines Vertrages (z.B. Handelsvertrag oder Sozialabkommen) erreicht werden. Die überhöhten israelischen Wiedergutmachungsansprüche lassen jedoch z.Zt. einen solchen Schritt nicht geraten erscheinen. Es darf ferner nicht übersehen werden, daß durch die fehlenden Beziehungen zu Israel der Bundesrepublik in der arabischen Welt eine günstige Ausgangsstellung gegeben ist.

III. Die innerdeutsche Wiedergutmachung

Für die Rückerstattung bzw. Wiedergutmachung für rassisch und politisch Verfolgte bestehen bislang nur Ländergesetze[10], die jedoch Überweisungen in das Ausland nicht ermöglichen.[11]

Fortsetzung Fußnote von Seite 21

Grundbedingung dafür sei die Wiedergutmachung der Schäden, die die Juden in Deutschland erlitten haben". Vgl. den Artikel „Israel will Beziehungen mit Bonn noch nicht aufnehmen"; DIE NEUE ZEITUNG vom 17. Juli 1950, S. 3.

7 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Noch im November 1950 protestierte der Vertreter Israels in den Niederlanden gegen die Einladung deutscher Konsularvertreter zu einem offiziellen Essen des Konsularkorps in Amsterdam. Auch gegen die Aufnahme der Bundesrepublik in die FAO (Welternährungsamt) erfolgte ein israelischer Protest."

8 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Consulate of Israel, München, Maria Theresienstraße 11; zugleich Jewish Agency for Palestine, Head Office, US-Zone Germany."

9 In der Pressemeldung hieß es: „The Israeli Government is reconsidering its boycott of Germany to facilitate the collection of millions of dollars in restitution due former German Jews now citizens of Israel." Vgl. den Artikel „Israel Reconsidering Boycott of Germany"; THE NEW YORK TIMES vom 29. Dezember 1950, S. 2.

10 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Bayern: Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts (Entschädigungsgesetz) vom 12.8.49 (Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1949, Nr. 20, 29.8.); Hessen: wie oben, vom 10.8.49 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen 1949, Nr. 26/27, 18.8.); Württemberg-Baden: Gesetz Nr. 951 zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts (Entschädigungsgesetz) vom 16.8.49 (Regierungsblatt der Regierung Württemberg-Baden 1949, Nr. 20, 1.9.); Bremen: Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts (Entschädigungsgesetz) vom 16.8.49 (Gesetzblatt der freien Hansestadt Bremen 1949, Nr. 41, 27.8). Für die britische und amerikanische Zone ist überdies für die Rückerstattung feststellbaren Eigentums das Gesetz der Militärregierung Nr. 59 (Rückerstattungsgesetz) vom 26.7.49 in Kraft. Ein ähnliches Gesetz besteht in der französischen Zone."

11 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Eine allgemeine Regelung der Wiedergutmachung – die Rückerstattung soll ohnehin den Ländern verbleiben – auf Bundesebene gemäß Art. 72, Ziff. 9 des Grundgesetzes wird durch eine in Vorbereitung befindliche Kabinettsvorlage des Bundesfinanzministeriums negativ beurteilt, der Beschluß des Bundestages (Plenum vom 15.12.50), ein Rahmengesetz des Bundes zur Wiedergutmachung zu erlassen, jedoch in dem Entwurf der Vorlage berücksichtigt. Die Zuständigkeit des Bundes für Folgen der Judenvermögensabgabe und der Reichs-

Ein vom Bundesinnenministerium verfaßtes, als ursprünglicher Initiativentwurf der Bundesregierung behandeltes Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes auf Bundesebene liegt z. Zt. dem Beamtenrechtsausschuß des Bundestages vor.[12] Auch dieser Entwurf erlaubt nach § 3 keine Überweisungen in das Ausland.[13]

Eine bundesgesetzliche Regelung der gesamten Rückerstattung und Wiedergutmachung wird von vielen Ländern nicht gewünscht. Die aufgrund des Rükkerstattungsgesetzes[14] erhobenen Ansprüche, die bis zum Anfang 1950 in der Bundesrepublik gestellt worden sind, belaufen sich auf 37 Mrd. DM. Diese Summe kann nach Ansicht deutscher Sachverständiger niemals verfügbar gemacht werden.[15]

An innerdeutschen Wiedergutmachungsleistungen seitens der Länder der Bundesrepublik sind jedoch bereits beträchtliche Erfolge erzielt worden. Sie beliefen sich am 27.10.50 allein in der amerikanischen Zone auf 550 Mio. DM, eine Summe, die offizielle amerikanische Befriedigung über Verlauf und Stand der Wiedergutmachung auslöste.[16]

IV. Der Vorschlag Mendelsohn

Die derzeitige innerdeutsche Regelung der Wiedergutmachungsfragen befriedigt die in Israel lebenden Anspruchsberechtigten bzw. die israelische Regie-

Fortsetzung Fußnote von Seite 22

fluchtsteuer ist kaum zu bestreiten. Im Juni 1950 hatte auch der Präsident der einflußreichen amerikanischen ‚Axis Victims League', Dr. Bruno Weil, ein einheitliches Wiedergutmachungsgesetz und zur Angleichung einen Gerichtshof nach dem Muster des Nürnberger Gerichts vorgeschlagen."

12 Mit Schreiben vom 16. August 1950 übermittelte Bundeskanzler Adenauer Bundestagspräsident Köhler den „Entwurf eines Gesetzes zur vorläufigen Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für verdrängte Angehörige des öffentlichen Dienstes". Für den Wortlaut vgl. BT ANLAGEN, Bd. 5, Nr. 1287.
Das Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes trat am 11. Mai 1951 in Kraft. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1951, Teil I, S. 291–296.

13 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „In einer von der ‚Immigrant Pensioners Society' in Jerusalem am 9.7.50 vorgelegten Liste von etwa 370 Pensionären und Rentenempfängern in Israel wird die Summe der an diese zu zahlenden monatlichen Beträge auf 70 000 DM beziffert; die Summe der Rückstände beträgt etwa achteinhalb Millionen DM. Die Auszahlung an Kriegs- und Sozialrentner im Ausland setzt die, bisher nicht erfolgte, Initiative Israels bei der AHK auf Abschluß eines Sozialversicherungsabkommens voraus. Die Anerkennung der Ansprüche im Ausland wohnender Berechtigter durch das Bundesversorgungsgesetz (§ 7 Nr. 2) gestattet die bevorzugte Abwicklung für Angehörige bestimmter Staaten nicht ohne weiteres (Art. 3 des Grundgesetzes). Die Frage, inwieweit Kannbestimmungen für Notfälle erlassen werden sollten, wurde aber bereits aufgegriffen."

14 Die Rückerstattung von feststellbaren Vermögensgegenständen an Personen, die z. Z. der nationalsozialistischen Herrschaft wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Weltanschauung oder politischen Meinung verfolgt wurden, war durch Militärgesetze in den Besatzungszonen geregelt. Für den Wortlaut des Gesetzes Nr. 59 der amerikanischen Militärregierung vom 10. November 1947 vgl. AMTSBLATT DER MILITÄRREGIERUNG DEUTSCHLAND (Amerikanisches Kontrollgebiet), Ausgabe G, S. 1–25. Für den Wortlaut der französischen Verordnung Nr. 120 vom 10. November 1947 vgl. AMTSBLATT DES FRANZÖSISCHEN OBERKOMMANDOS IN DEUTSCHLAND, S. 1219–1222. Für den Wortlaut des Gesetzes Nr. 59 der britischen Militärregierung vom 12. Mai 1949 vgl. AMTSBLATT DER MILITÄRREGIERUNG DEUTSCHLAND (Britisches Kontrollgebiet), Nr. 28, S. 1169–1187.

15 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „So der hessische Finanzminister Hilpert als Vorsitzender des Finanzausschusses des Bundesrates am 30.1.1950. Auch vorsichtigere Schätzungen (mehr als 10 Milliarden) sind bei einem Volksvermögen von 175 Milliarden (1945) schwerlich diskutabel."

16 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „New York Herald Tribune vom 28.10.50. Der größte Teil der Rückerstattungsleistungen fiel an Berechtigte in den USA."

rung nicht. Denn gleich auf welchem Titel ihre Ansprüche beruhen, laufen alle für sie anfallenden Beträge wegen der Transferschwierigkeiten auf Sperrkonten der Länder bzw. der JRSO (Jewish Restitution Successor Organisation).[17]

Da Israel hierin eine mangelnde deutsche Bereitschaft zur Wiedergutmachung zu erkennen glaubt, die Bundesrepublik jedoch den ehrlichen Willen zu einer befriedigenden Lösung hat[18], erklärte der Bundeskanzler in einem Interview mit der „Allgemeinen" (Wochenzeitschrift der Juden in Deutschland) die Bereitschaft der Bundesrepublik, dem Staat Israel zunächst Waren im Wert von 10 Mio. DM unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.[19] Dieses Angebot des guten Willens wurde von Israel als ungenügend abgelehnt.[20]

Im April 1950 indessen bahnte der stellvertretende Finanzminister Israels, Mendelsohn, indirekt auf das Angebot des Bundeskanzlers eingehend, erste Verhandlungen für eine globale Abgeltung der israelischen Ansprüche in deutschen Warenlieferungen an. Der wesentliche Inhalt des hier als „Vorschlag Mendelsohn"[21] bezeichneten israelischen Angebotes war:

1) Vereinheitlichung der Wiedergutmachungsgesetzgebung in den Ländern des Bundes oder durch ein Bundesgesetz;

2) globale Abgeltung der Wiedergutmachungsansprüche im Wege eines internationalen Abkommens;

3) Abtragung der global festgestellten Wiedergutmachungsschuld durch staatlich finanzierte deutsche Exporte nach Israel;

4) Gewährung eines Vorschußkredites zur Finanzierung des Wiedergutmachungsexportes nach Israel.

17 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Gesellschaft amerikanischen Rechts zur Geltendmachung der Ansprüche erblosen jüdischen Gutes in Deutschland; verfügungsberechtigte Gesellschafterin ist die Jewish Agency for Palestine."

18 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Eine erste Stellungnahme des Bundeskanzlers erfolgte in der Regierungserklärung vom 20.9.49. Sie wurde präzisiert in dem Interview des Kanzlers mit dem Chefredakteur der ‚Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland' im November 49: 1) Die jüdischen Landsleute sollen als vollberechtigte Mitbürger mit den gleichen Pflichten und Rechten am geistigen und politischen Aufbau unseres Landes teilnehmen; 2) für die Wiedergutmachung des an Juden begangenen Unrechts ist nach 1945 viel zu wenig geschehen. Die Bundesregierung ist entschlossen, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen; 3) um den deutschen Juden Gewißheit zu geben, daß seitens der Bundesregierung alles geschieht, um ihre staatspolitischen Rechte in vollem Umfang zu wahren, soll im Bundesinnenministerium ein Referat für jüdische Fragen unter der Leitung eines deutschen Juden geschaffen werden (Anm.: wurde bereits eingerichtet); 4) noch immer vorkommende Schändungen jüdischer Kultusstätten und Friedhöfe und alle Fälle von Diskriminierung sollen ohne Nachsicht geahndet und bestraft werden. Gleichfalls im November 1949 betonte der Bundespräsident in einem Interview mit United Press den deutschen Wunsch, wieder ein gutes Verhältnis zu den Juden zu gewinnen. Am 26.5.50 zitierte die ‚Allgemeine' die dringende Befürwortung der Wiedergutmachung durch Dr. Kurt Schumacher. Er forderte ‚in scharfen Worten' sofortige moralische und tatsächliche Wiedergutmachung an den Juden."

19 Für den Wortlaut des auf einem Interview vom 11. November 1949 beruhenden Artikels von Karl Marx in der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland" vom 25. November 1949 vgl. DzD II/2, S. 293–296.

20 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Ein Sprecher des israelischen Außenministeriums erklärte, man werde die Juden nicht durch ‚Geschenke' zum Aufgeben von Schadenersatzforderungen auf ‚astronomische Summen' veranlassen können."

21 Der Abteilungsleiter im israelischen Finanzministerium führte am 5./6. April 1950 Gespräche mit Regierungsdirektor Wirmer und Oberregierungsrat Rust, Bundeskanzleramt. Vgl. dazu auch AAPD 1949/50, Dok. 64.

Die Wiedergutmachungsansprüche der Einwohner des Staates Israel bewegen sich nach den Schätzungen Mendelsohns „vorläufig" um 175–250 Mio. DM. Eine Schätzung der privaten Restitution hat Mendelsohn noch nicht gegeben; sie dürfte aber weit über der vorgenannten Summe liegen.

Das für den Vorschlag federführende Bundesfinanzministerium hat sich von Anfang April bis Anfang Juni 1950 eingehend mit der Durchführbarkeit des Projektes befaßt. Dabei stellten sich im wesentlichen folgende Fragen:

1) Eine bundesgesetzliche Regelung der Wiedergutmachungsfrage würde die Zustimmung der Länder voraussetzen.

2) Für eine globale Abgeltung israelischer Wiedergutmachungsforderungen fehlt die Legitimation der israelischen Regierung, etwa durch ein Enteignungsgesetz.[22]

3) Ein Spezifikation der israelischen Ansprüche steht noch aus.

4) Die anfallenden Beträge sind nach dem Gesetz der Militärregierung Nr. 53 (Devisenbewirtschaftung)[23] gesperrt. Ihre Verwendung zur Finanzierung von deutschen Warenexporten bedarf der Genehmigung der AHK. In einem Einzelfall hat die AHK für ein mit JRSO-Geldern zu bezahlendes Exportgeschäft nach Israel die Entsperrung mit der Begründung abgelehnt, daß die deutsche Wirtschaft z. Zt. nicht in der Lage sei, sich die Ausfuhr von Waren gegen Bezahlung in DM erlauben zu können.[24]

5) Die Verwirklichung des Vorschlages Mendelsohn könnte einen Präzedenzfall für Anspruchsberechtigte in anderen Staaten herbeiführen.

Im Juni 1950 arbeitete das Finanzministerium eine Kabinettsvorlage aus, in welcher die politischen und wirtschaftlichen Gründe des Vorschlages Mendelsohn dargestellt wurden. Der Vorschlag Mendelsohn scheiterte schließlich an

22 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „In einem Schreiben vom 26.6.1950 (bei den Akten des Bundesfinanzministeriums) betonte der Präsident des Bayerischen Landesentschädigungsamtes, Auerbach: ‚Wenn die Herren aus Israel eine Globalisierung wünschen, mögen sie die Güte haben, sich die entsprechenden Vollmachten von ihren israelischen Staatsangehörigen geben zu lassen'. – Im übrigen zog Auerbach eine Angleichung der Ländergesetzgebung einer Bundesgesetzgebung vor."

23 Für den Wortlaut des Gesetzes vom 19. September 1949, das neben der Devisenbewirtschaftung die Kontrolle des Güterverkehrs der Bundesrepublik regelte, vgl. AMTSBLATT DER MILITÄRREGIERUNG DEUTSCHLAND (Amerikanisches Kontrollgebiet), Ausgabe O, S. 20–24.

24 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „In einem Schreiben vom 11.5.50 (bei den Akten des Bundesfinanzministeriums) lehnte die AHK mit JRSO-Geldern zu bezahlende Einzelexporte nach Israel mit der Begründung ab: ‚Die deutsche Wirtschaft ist unserer Meinung nach zur Zeit nicht in der Lage, sich die Ausfuhr von Waren gegen Bezahlung in D-Mark erlauben zu können.' ‚... fällt aus dem Rahmen des erlaubten Devisenverkehrs'. Ähnliche Begründung in Schreiben der AHK vom 20.6.1950. Die unter Hinweis auf eine Rede McCloys vom 6.2.50 erfolgte Argumentation Mendelsohns vom 19.5. (bei den Akten des Finanzministeriums), der Sondercharakter der Wiedergutmachungsverpflichtungen als moralische, nicht kommerzielle Auslandsschulden verlange ein Transferabkommen für den Sperrmarkanfall aus Rückerstattungs- und Schadenersatzansprüchen, blieb bei der Stellungnahme der AHK unberücksichtigt."
Die JRSO (Jewish Restitution Successor Organization) war als Rechtsnachfolgerin für Rückerstattungsansprüche hinsichtlich jenes jüdischen Vermögens eingesetzt, für das keine Erben eintraten oder das auf jüdische Gemeinden zurückging, die nach 1933 erloschen waren. Vgl. dazu Artikel 13 des Gesetzes Nr. 59 der amerikanischen Militärregierung vom 10. November 1947 sowie die dazugehörige Ausführungsverordnung Nr. 3 vom 23. Juni 1948; AMTSBLATT DER MILITÄRREGIERUNG DEUTSCHLAND (Amerikanisches Kontrollgebiet), Ausgabe G, S. 4 bzw. Ausgabe J, S. 3–5.

der ablehnenden Haltung des Bundesfinanzministers[25]; in einer Sitzung des Finanzausschusses des Bundesrates am 9.6.1950 ergab sich, daß
1) die Wiedergutmachungsfonds der Länder für den geplanten Warenexport nach Israel keineswegs ausreichten und
2) daß die Mittel des Bundes eine Vorkreditierung nicht erlauben.

Trotz der Anerkennung der moralischen und politischen Gründe für die Verwirklichung des Vorschlages Mendelsohn mußte er vornehmlich aus diesen Gründen zunächst abgelehnt werden.

V. Gegenwärtiger Stand der Wiedergutmachungsfrage

Am 9.6.1950 wurde eine Studienkommission des Bundesfinanzausschusses aus Sachverständigen der Länder gebildet, die u.a. die Rechtsfrage der Wiedergutmachung klären sollte. Ein Unterausschuß steht unter Leitung des hessischen Finanzministers Dr. Hilpert. Ein Ergebnis der Ausschusses liegt bisher nicht vor.

Das Plenum des Bundestages sah am 15.12.50 ein Rahmengesetz des Bundes zur Wiedergutmachung vor.[26] Eine entsprechende Kabinettsvorlage wird z.Zt. im Bundesfinanzministerium vorbereitet.[27]

Eine Bereinigung der Beziehungen der Bundesrepublik zum Staate Israel setzt eine Regelung der Ansprüche auf Wiedergutmachung voraus. Fortschritte in dieser Richtung lassen sich nach der bisherigen Erfahrung wohl nur durch das Prinzip einer globalen Abgeltung der israelischen Wiedergutmachungsforderungen erreichen, die auf Bundesebene getroffen werden müßte.[28] Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik kann sich diese Wiedergutmachung nur in einem bescheidenen Rahmen halten.

[Steg][29]

B 11 (Abteilung 3), Bd. 249

25 Am 9. Juni 1950 erklärte Bundesminister Schäffer im Kabinett, daß er zum Tagesordnungspunkt „Export nach Israel aus Restitutionsgeldern" keine Vorlage eingebracht habe. Schäffer erläuterte zu den von israelischer Seite vorgetragenen Wünschen: „Der Bund soll die Restitutionsansprüche bevorschussen und damit zugleich den Export nach Israel finanzieren. Da der beanspruchte Betrag auch vom Bund nicht aufgebracht werden könne, seien weitere Verhandlungen zwecklos." Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 2 (1950), S. 438.

26 Am 15. Dezember 1950 nahm der Bundestag im Rahmen der Debatte über Maßnahmen zur Beendigung der Entnazifizierung den Bericht des Ausschusses zum Schutze der Verfassung vom 24. November 1950 an. Darin wurde die Bundesregierung u.a. ersucht, „den Entwurf eines Wiedergutmachungsgesetzes für alle im Bundesgebiet wohnenden politisch, rassisch oder religiös verfolgten Personen vorzulegen, das die Bestimmungen des im amerikanischen Besatzungsgebiet auf Länderratsbasis erlassenen zoneneinheitlichen Gesetzes von 1949 zeitgemäß für das ganze Bundesgebiet fortbildet". Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 8, Nr. 1658. Zur Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 5, S. 4065–4072.

27 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Die Stellungnahme wird zur Zeit in dem Entwurf einer Kabinettsvorlage des Bundesfinanzministeriums verarbeitet."

28 Am 18. Januar 1951 schlug das Bundesministerium der Finanzen in einer Kabinettsvorlage vor, „vorerst von einer über das Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes hinausgehenden, die Wiedergutmachungsgesetze der Länder abändernden oder sie erübrigenden Bundesgesetzgebung abzusehen". Zur Begründung hieß es u.a., daß aufgrund einer umfangreichen Ländergesetzgebung kein Bedarf für eine bundeseinheitliche Regelung bestehe. Ebenso hätten sich die Länder bereit erklärt, Verschiedenheiten in ihren Gesetzen auf dem Verwaltungswege zu beseitigen. Zudem wurde auf das Problem der unterschiedlichen Behandlung hingewiesen, das zwischen denjenigen Fällen, die nach

6

Besprechung mit Vertretern der Alliierten Hohen Kommission

Geheim **9. Januar 1951**

Aufzeichnung über die informelle Besprechung deutscher und alliierter Sachverständiger auf dem Petersberg am 9. Januar 1951[1]

Der Vorsitzende, *Mr. Ward*, begrüßte herzlich die deutsche Delegation, betonte, daß die Alliierten der Besprechung größte Wichtigkeit beimessen, bat um strenge Geheimhaltung, erklärte, daß kein Protokoll abgefaßt und kein Sekretariat für die Besprechungen eingerichtet werde. Die Presse soll nur durch vorher besprochene Kommuniqués informiert werden, die jedoch auch nicht notwendigerweise nach jeder Sitzung herausgegeben werden.

Der französische Hohe Kommissar habe dem Herrn Bundeskanzler am 21. Dezember allgemeine Vorschläge der Nordatlantik-Paktmächte über eine Beteiligung Deutschlands an der gemeinsamen Verteidigung Westeuropas übermittelt.[2] Diese Erklärung sei eine weitere Ausführung des Kommuniqués, das am Ende der jüngsten Versammlung der Nordatlantikmächte herausgegeben worden ist[3] und welches als Basis für die bevorstehende Diskussion diene.

Fortsetzung Fußnote von Seite 26

Ländergesetzen bereits erledigt waren, und solchen, die nach dem neuem Bundesrecht bearbeitet würden, entstehen könnte. Vgl. B 10 (Abteilung 2), Bd. 1657.
Am 30. Januar 1951 billigte das Kabinett die Vorlage. Vgl. dazu KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 4 (1951), S. 122.

29 Verfasser laut beigefügtem Schreiben vom 8. Januar 1951.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Oberregierungsrat Ostermann von Roth gefertigt.
Hat laut Vermerk des Referenten Böker vom 22. Januar 1951 Ministerialdirektor Blankenhorn vorgelegen.
Zur ersten Besprechung mit Vertretern der AHK am 9. Januar 1951 auf dem Petersberg über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik vgl. auch FRUS 1951, III/1, S. 990 f.

2 Am 21. Dezember 1950 erörterte Bundeskanzler Adenauer mit den Hohen Kommissaren François-Poncet (Frankreich), Kirkpatrick (Großbritannien) und McCloy (USA) die Ergebnisse der Konferenzen, die der NATO-Ministerrat am 18./19. Dezember sowie die Außenminister der Drei Mächte am 19. Dezember 1950 in Brüssel abgehalten hatten. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. AAPD, Hohe Kommissare 1949–1951, S. 314–339.
Auf Wunsch des Bundeskanzlers übermittelte der französische Hohe Kommissar François-Poncet Adenauer am 23. Dezember 1950 die Aufzeichnungen, die er während der Besprechung vom 21. Dezember 1950 als Unterlage benutzt hatte. Für den französischen Wortlaut der Aufzeichnungen vgl. AAPD, Hohe Kommissare 1949–1951, S. 502–510. Für den deutschen Wortlaut vgl. DzD II/3, S. 1184–1186.

3 Im Kommuniqué über die Tagung des NATO-Ministerrats am 18./19. Dezember 1950 in Brüssel wurde festgehalten, daß sich der Rat über vorbereitende Maßnahmen zur Bildung einer vereinten Streitmacht unter einem amerikanischen Oberbefehlshaber verständigt habe. Ferner wurde über den Beschluß informiert, ein Verteidigungsproduktionsamt einzurichten, „das größere Vollmachten hat als das militärische Produktions- und Versorgungsamt, an dessen Stelle es tritt. Das Amt hat die Aufgabe, die Produktion zu intensivieren und die wechselseitige Ausnutzung der Hilfsquellen der Mitgliedstaaten der Atlantikpaktorganisation zu erleichtern." Schließlich wurde im Kommuniqué ausgeführt: „Der Rat stellte weiter die Übereinstimmung der Ansichten der Mitglieder hinsichtlich des Beitrages fest, den Deutschland zur gemeinsamen Verteidigung leisten könnte. Dieser Beitrag hätte die Wirkung, die Verteidigung Europas zu stärken, ohne irgendwie den ausschließlich defensiven Charakter der Atlantikpaktorganisation zu ändern." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1951, Bd. 1, S. 3639.

Wie mit dem Herr Bundeskanzler vereinbart, soll das gegenwärtige Treffen – das erste einer Reihe von Besprechungen – die technischen Erörterungen einleiten, die den Weg für ein schließliches Abkommen zwischen den Regierungen vorbereiten sollen. Die Vertreter der Alliierten Hohen Kommission würden sich freuen, die Ansichten der Deutschen zu diesen Vorschlägen zu hören. Es besteht jedoch ein grundlegendes Prinzip, das nach Ansicht der Alliierten Hohen Kommission die Besprechungen von Anfang an leiten solle: Der deutsche Beitrag solle sich von Anfang an innerhalb des internationalen Rahmens, der von den Atlantikpaktmächten aufgestellt worden ist, halten.

Die deutschen Truppen sollen von Anfang an General Eisenhower unterstehen und von demokratischem Geiste beseelt sein. Aus dieser vollen Integrierung ergibt sich, daß die deutschen Einheiten auf der Basis der Gleichheit mit den anderen Einheiten stehen.

Wenn die deutschen Vertreter ihre Vorschläge über die Art machen, in der die deutsche Verteidigung stattfinden könnte, so werden sie wohl die Möglichkeit haben anzudeuten, welche Schritte die Bundesregierung zur Rekrutierung und Verwaltung der deutschen Streitkräfte vorschlägt, sowie auch hinsichtlich des materiellen Beitrags, der auf wirtschaftlichem Gebiet geleistet werden könnte. Es wird die Alliierte Hohe Kommission auch interessieren zu hören, welches die Pläne der Bundesregierung sind und wie sie angepaßt werden können an die Unterbringung anderer ausländischer Truppen, die in Deutschland unter dem Kommando von General Eisenhower untergebracht werden.

M. *Bérard*: „Das Hauptproblem, das wir zu studieren haben, ist, welche Form die Integration der deutschen Kräfte in die europäischen Verteidigungskräfte annehmen wird. Mehrere Lösungen sind möglich. Die französische Regierung ist sehr daran interessiert, eine europäische Armee aufzustellen. Die Frage der Wiederaufstellung deutscher bewaffneter Verbände hat in Frankreich schwierige psychologische Probleme aufgeworfen. Die Entwicklung einer europäischen Armee wird das beste Mittel darstellen, um diesen Bedenken ein Ende zu setzen. Wir müssen unserer Jugend ein Ideal geben. Das europäische Ideal ist hierzu zweifellos am besten geeignet. Daher sollen wir dieses Ideal sowohl auf militärischem wie auch auf wirtschaftlichem Gebiet zu verbinden suchen."

Herr *Blank*: Dankt für die Begrüßung und teilt die Auffassung über die Wichtigkeit und Vertraulichkeit der Besprechungen.

„Gegenstand unserer Besprechung ist primär die Erörterung von technischen Einzelheiten, die, wenn eine grundsätzliche Entscheidung über die deutsche Beteiligung getroffen wird, Gegenstand einer zu treffenden Vereinbarung werden können. Ich beehre mich, zu den zwei aufgestellten Prinzipien folgendes zu sagen:

Ein deutscher Beitrag kommt überhaupt nur innerhalb eines internationalen Rahmens in Frage, wobei ich mich zu der Frage, ob nordatlantische oder europäische Armee, jetzt nicht äußern will.

Ferner bekenne ich mich dazu, daß solche deutschen Einheiten von dem gleichen demokratischen Geist beseelt sein sollen wie die Einheiten anderer Länder. Nur wenn es sich um die Verteidigung der Demokratie handelt, können

wir (d.h. Bundesregierung und Bundestag) unsere Hand dazu geben, überhaupt über die Aufstellung militärischer Verbände in Deutschland zu sprechen.

Wie Mr. Ward erklärt hat, sollen die deutschen Verbände von Anfang an in die europäischen Kräfte unter General Eisenhower eingegliedert werden, und als Folgerung ergebe sich die Gleichstellung deutscher Verbände mit denen anderer Nationen. Das ist ein Punkt, der hier zu besprechen wäre; denn Bundesregierung und Volk sind hieran außerordentlich interessiert. Die Gleichheit muß sichergestellt sein, wenn wir vom Bundestag einen Beschluß über eine militante Beteiligung haben wollen.

Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn wir von der strategischen Lage, so wie sie ist, ausgehen. Wie sehen Sie die Lage, und was glauben Sie, müßte im Hinblick auf diese Lage aufgebaut werden? Wieviel insgesamt und wieviel würde auf die die einzelnen Nationen entfallen?

Es gibt eine Reihe politischer Voraussetzungen, die wir aber nicht zu diskutieren brauchen. Das ist eine Angelegenheit des Herrn Bundeskanzlers und der Alliierten Hohen Kommission. Aber ich gehe zunächst einmal davon aus, daß diese Fragen in befriedigender Weise geregelt sind. Es ist mein Wunsch, die militärischen und technischen Einzelheiten zu besprechen, unter denen der deutsche Beitrag zu leisten wäre."

General *Hays*: „Zwischen den Nationen des Nordatlantikpakts ist vorbesprochen worden, wieviel jedes Land beitragen soll. Diese Diskussion beruht auf der Frage der Zeit, was in diesem und was im nächsten Jahr gemacht werden könnte. General Eisenhower wurde ernannt[4], um diese Diskussion fortzusetzen. Wir können zwar sagen, was jetzt vorhanden ist, aber wir können nicht sagen, was Ende dieses oder nächsten Jahres da ist.

Als allgemeine Information können wir geben: Die NATO-Mächte haben erkannt, daß auf Deutschland eine große soziale Last ruht und daß eine Grenze dessen bestehen solle, was Deutschland aufgebürdet werden kann. Ein Teil des deutschen Beitrags ist die Unterstützung der in der Bundesrepublik stationierten nordatlantischen Truppen. Es wurde daher beschlossen, daß Deutschlands Beitrag ungefähr 20% des gesamten europäischen Beitrags betragen solle (d.h. etwa 20% der Truppen, die in Europa unter dem Kommando von General Eisenhower stehen). Erst wenn General Eisenhower sich eine Meinung darüber gebildet hat, was jedes Land beitragen kann, können wir sagen, was Deutschland beitragen soll."

Mr. *Ward*: „Das gemeinsame Ziel der Alliierten und Deutschlands muß sein: Die Verteidigung von Europa so weit wie möglich nach Osten zu richten. Wir erkennen die Bedrohung durch die großen russischen Truppenmassen und die Truppen von Rußlands Satelliten. Wir müssen unsere Verteidigung so stark machen, daß der Angriff von Osten nicht kommt. Jetzt haben wir noch nicht alle Kräfte, die wir benötigen, um uns gegen einen solchen Angriff zu schützen. Ebenso klar ist, daß die Bundesregierung und das deutsche Volk einen nützlichen Beitrag zur gemeinsamen Aufgabe leisten können. Die Nordatlantikmächte

[4] Zur Ernennung des Generals Eisenhower zum Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR) vgl. Dok. 3, Anm. 9.

und England sind fest entschlossen, ihr Möglichstes zu tun, um ihre Streitkräfte so rasch wie möglich auszubauen.

Wenn wir auch den Wunsch von Herrn Blank berechtigt finden, über die näheren Bedingungen, unter denen eine deutsche Beteiligung stattfinden kann, unterrichtet zu werden, so glaube ich dennoch, daß es im gemeinsamen Interesse liegt, diesen deutschen Beitrag sobald wie möglich in Gang zu setzen. Ich schlage daher vor, daß wir uns darüber unterhalten sollten, in welcher Weise unsere Besprechungen fortgesetzt werden können."

M. *Bérard*: „General Hays hat richtig gesagt, daß es zur Zeit sehr schwierig ist, einen genauen Plan für die Zukunft aufzustellen. Die Bundesregierung ist in der gleichen Lage wie die anderen atlantischen Regierungen. Alle Regierungen werden aufgefordert, jetzt möglichst schnell die Kräfte zu erstellen, die in die europäische Streitmacht eingegliedert werden können. Wir sind bereit, den Deutschen alle Informationen zu geben, die uns zur Verfügung stehen. Aber die Bundesregierung kann nicht abwarten, bis sie alle Programme kennt."

General *Hays*: „Zwischen den NATO-Mächten haben schon Unterhaltungen über die Größe der Kräfte stattgefunden. Die Vertreter dieser Mächte wenden sich jetzt an ihre Regierungen, um festzustellen, ob diese Regierungen es möglich finden, die Streitkräfte aufzustellen, die von ihnen verlangt werden, und die notwendigen Gelder zur Verfügung stellen. Wir hoffen, daß, bevor zuviel Zeit vergangen ist, die Pläne für die einzelnen Länder fix und fertig da sein werden."

Herr *Blank*: „Ich bin gleicher Auffassung wie General Hays und M. Bérard. General Hays sprach von 20%. Diese Erwartung muß jedoch darauf basieren, wie sich die Atlantikmächte die Gesamtgröße vorstellen. Wenn wir das wüßten, wären wir schon einen Schritt weiter."

Mr. *Ward*: „Die Zahl von 20% stellt die obere Grenze dar. Wir hoffen, daß die obere Grenze in nicht allzu langer Zeit in Deutschland erreicht wird."

General *Hays*: „Wir gehen an das Problem etwas anders heran als Herr Blank. Wir verlangen von den Deutschen nicht, daß sie einen festen Plan annehmen, wir wollen nur wissen, ob Deutschland etwas beiträgt und in welcher Form. Dann wollen wir verhandeln, wie dieser Beitrag zustandekommen kann."

Herr *Blank*: „Die Tatsache, daß wir hier sind, zeigt eine gewisse Bereitschaft. Wir verstehen, daß niemand einen festen Plan vorlegen kann. Ich würde aber gern eine annähernde Größenordnung der geplanten Verteidigung kennenlernen. Wir müssen auch mit den Argumenten der Opposition rechnen. Dazu müssen wir wissen, was von uns erwartet wird und was die anderen dazu beitragen. Wenn wir das wissen, können wir uns darüber unterhalten, was praktisch geschehen kann."

General *Hays*: „Ich erkenne das berechtigte Argument von Herrn Blank an. Auf der anderen Seite werden Sie aber verstehen, daß Militärs gern die Größenordnung und die Verteilung von Truppen geheimhalten."

General Hays fragt die übrigen alliierten Vertreter, ob es möglich sei, bei der nächsten Zusammenkunft der deutschen Delegation mitzuteilen, welche Beteiligung von Deutschland erwartet werde.

Mr. *Ward*: „Wir machen keinen Fortschritt, wenn wir von der oberen Zahlengrenze ausgehen. Wir können über diese Ziffern erst sprechen, wenn General